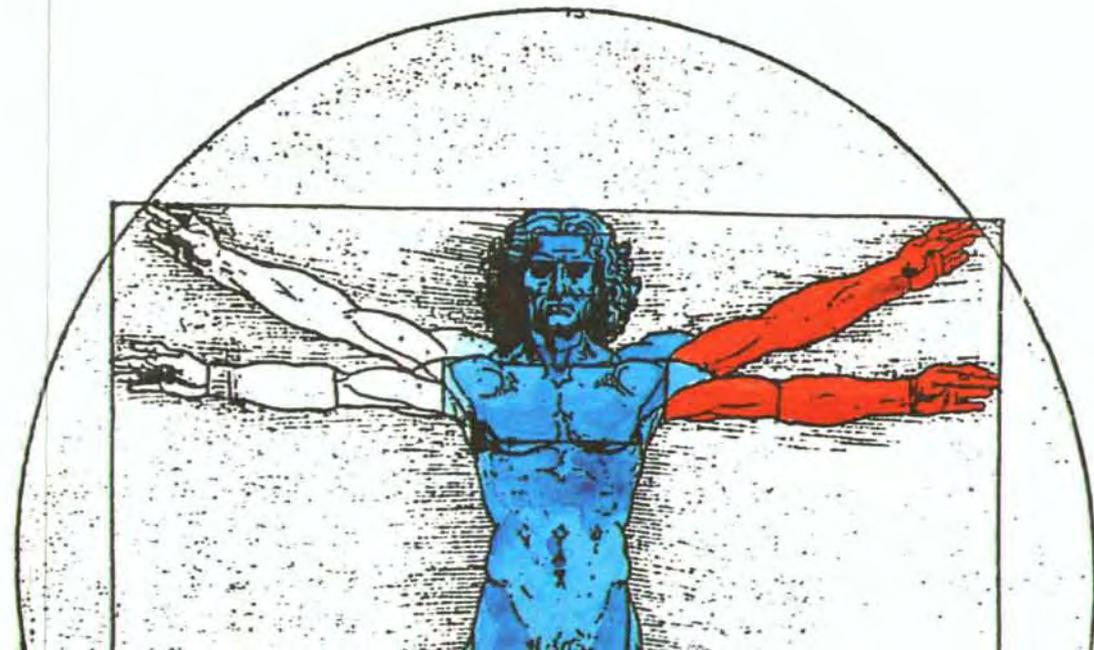


20 JAHRE FREIHEITLICHE BILDUNGSARBEIT

20 Jahre Freiheitliches Bildungswerk



20 JAHRE FREIHEITLICHE BILDUNGSARBEIT

20 Jahre Freiheitliches Bildungswerk



FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK
POLITISCHE AKADEMIE DER FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Hofrat Prof.Dr. Fritz WOLFRAM Pädagogische Probleme in der Politischen Bildung	7
Dr. Tassilo BROESIGKE Aufbau des Freiheitlichen Bildungswerkes	11
Volksanwalt Horst SCHENDER Seminare und Institutionen	21
Stadtrat Lothar GINTERSDORFER Die Politische Bildung als Aufgabe	29
Mag. Elisabeth FRANK Die freiheitliche politische Bildungsarbeit – zwischen Herausforderung und Realität	35
Generalsekretär NAbg.Ing. Walter MEISCHBERGER Das Freiheitliche Bildungswerk im Jahr 1990	39
Landeshauptmannstellvertreter Ing. Mathias REICHHOLD 20 Jahre Freiheitliches Bildungswerk – ein würdiger Anlaß, um Rückschau zu halten.	45
Bundesrat Andreas MÖLZER Neue Ideen braucht das Land Aktuelle Aktivitäten des Freiheitlichen Bildungswerkes	51

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Freiheitliches Bildungswerk

Text: BR Andreas Mölzer

Alle: 1010 Wien, Kärntnerstraße 28

Fotos: NFZ Archiv, Wien: Seiten 6, 14, 17, 23, 36, 38, 49, 63; hopi-press, Wien: Seiten 25, 31, 40, 42, 46, 54; Milly Ditrich, Baden: Seite 8; Foto Adria, Baden: Seiten 9, 10; Helwig Leibinger, Wien: Seiten 42, 51, 52, 53, 56, 58; Fritz Press, Klagenfurt: Seiten 46, 57; Kinophot, Baden: Seite 18.

Titelgrafik: Veldner Kunst-Werke, Velden

Druck: ALWA Druckerei Ges.m.b.H., 1140 Wien, Flachgasse 5

Wien 1993

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier



Wie es begann ... Das Start-Team des Freizeithilichen Bildungswerkes beim ersten Seminar 1973 (in der Mitte Fritz Wolfram, der erste Leiter des FBW).

Hofrat Prof.Dr. Fritz WOLFRAM

Pädagogische Probleme in der Politischen Bildung

Die Hauptproblematik bei der politischen Bildungsarbeit liegt zweifellos in der ungeheuer differenzierten Fülle an Bildungsangeboten der Seminarteilnehmer. Vom ungelernten Hilfsarbeiter über den Techniker, Angestellten, Lehrer bis zum Vollakademiker und dazu die nur in der Hauswirtschaft tätigen Hausfrauen, stellt sich dem Seminarleiter eine bunte Palette an beachtlichen Schwierigkeiten entgegen. Es muß hier ganz offen gesagt werden, daß nicht jeder Lehrer den ihm gestellten Aufgaben Herr wird. Hier ergibt sich nun dem Seminarleiter die faszinierende Aufgabe, in der kürzesten Zeit eine für alle tragbare gemeinsame Ausgangssituation zu schaffen, von der aus ein Erarbeiten der gestellten Aufgaben möglich wird. Es erscheint daher als wichtigstes pädagogisches Ziel: die verschiedenen Ausgangspositionen und unterschiedlichen Startbedingungen möglichst rasch zu überwinden und eine gemeinsame Ausgangsposition zu schaffen. Als kleines Beispiel sei hier ein schwieriges Ideologie-Seminar erwähnt, an dem neben Akademikern einfache Arbeiter aus dem Chemiewerk Lenzing teilnahmen. Trotzdem war es durch das meisterhafte Geschick des Hauptreferenten (Univ.Prof.) möglich, Platons politische Aussagen in der Antike ebenso zu lesen und zu diskutieren wie die Schriften von Karl Marx und Ferdinand Lassalle. Am Ende des Seminars sagten mir die Arbeiter, daß sie sich am Beginn wohl sehr hätten anstrengen müssen, das Seminar sei für sie ein reicher Gewinn und ein besonderes Erlebnis gewesen.

Natürlich bedarf es einer starken und eindeutigen Motivation der Teilnehmer: sie wollen etwas ganz Bestimmtes zu einem ganz bestimmten Zweck lernen und sind daher mit entsprechendem Eifer, Ehrgeiz und Engagement vom Anfang bis zum Schluß bei der Sache. Mit Recht sind sie daher auch vielfach anspruchsvoll und recht kritisch gegenüber dem Gebotenen.

Die Mitarbeiterausbildung

Die Ausbildung der Mitarbeiter dient zunächst der Entwicklung der vorhandenen Anlagen und Fähigkeiten. Dazu gehört vor allem das Erwerben der erforderlichen fachlichen Grundkenntnisse und das Beherrschen der wichtigsten Fertigkeiten.

Bereits in einem früheren Aufsatz habe ich auf die Schwierigkeiten beim Ausbau des Bildungswerkes hingewiesen und die unterschwelligsten Töne der Kritik, „ob das Ganze gut ausgehen wird“ usw. aufgezeigt. In diesem Sinne muß doch auf die Größe und Bedeutung einer zeitgerechten Erziehungspolitik und Erziehungsarbeit eingegangen werden. Die rasche Entwicklung auf fast allen Gebieten des menschlichen Lebens macht es unmöglich, daß ein Mensch mit dem Wissen der Berufsausbildung des Jahres 1993 ein ganzes Leben auskommt. Was bisher bereits für den Arzt, Chemiker, Lehrer, Techniker galt, umfaßt heute praktisch alle übrigen Berufe. Niemand findet mehr mit einer abgeschlossenen Schul- und Berufsausbildung das Auslangen und die Weiterbildung wird das Grundprinzip moderner Bildungsarbeit. Das gilt ganz besonders für die politische Bildung, wo von klein auf die differenzierten Erscheinungsbilder zu einem ständigen Wechsel der Entscheidungsfindung zwingen.



Bezirksrätekonferenz 16./17. Februar 1974, Haus Baden

In Österreich besuchen heute 40% aller Jugendlichen Gymnasien und höhere Berufslehreanstalten. Die technische Entwicklung macht eine „Aktivierung der Talente“ aus allen Schichten zu einer Frage internationalen Überlebens, nur auf diese Weise können zum Beispiel kleine Länder im Zeitalter

der Automation mitkommen. Während die Wirtschaft Planungen für Jahrzehnte vornimmt, ist auf dem Gebiete der Schule und des Bildungswesens bisher noch viel zu wenig geschehen. Im gesamten deutschen Gebiet wird sich daher das französische Schlagwort „Education permanente“ (fortwährende Weiterbildung) durchsetzen müssen.

Gerade auf einem anderen Gebiete wird die Politische Bildung besonders bedeutungsvoll. Die Hauptmasse der politischen Bürger nimmt heute kritiklos alle Güter und Meinungen hin, die man ihr vorsetzt. Das ist der gewaltige Einfluß der oft weitgehend undemographischen Massenmedien. Hier bedarf es nun einer qualifizierten Politischen Bildung, dazu beizutragen, das Wesen des Menschen, vor allem die freie Persönlichkeit, zu erhalten und zu schützen.

Die amerikanische Psychologin Margarete Mead: „Niemand wird mehr sein ganzes Leben in der Umwelt verbringen, in welcher er geboren wurde und niemand wird in der Welt sterben, in welcher er arbeitet, als er volljährig wurde. Wir müssen daher die Menschen in dem unterrichten, was gestern niemand wußte, was aber einige Menschen morgen wissen müssen.“

Der Mitarbeiter soll den Sinn und die Bedeutung der ständigen Weiterbildung erfassen, zur geistigen Arbeit fähig sein und selbst sich für eine weitere Fortbildung bereithalten. Im weltanschaulich-politischen Bereich soll er sich von festen und klaren Grundsätzen leiten lassen, über denen aber die Bereitschaft zu weitgehender Toleranz zu stehen hat.



Eines der ersten Seminare mit Fritz Wolfram im Bildungshaus Baden

Von einem Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung wird viel verlangt. Er muß ein starkes Einfühlungsvermögen besitzen, muß wissen, wie und unter welchen Umständen Berufstätige lernen können, wie man sprachliche Schwierigkeiten überwindet und kurz und bündig formuliert. Die didaktisch-methodische Beherrschung der Anwendung von Medien ist ebenso notwendig wie das Kennen und Anwenden neuer Arbeitsformen und -methoden. Ganz besonders aber bedarf es der Kontaktfähigkeit zum einzelnen Teilnehmer genauso wie zu wichtigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Politische Bildung ist kein isolierter Bereich. Sie muß vielmehr stets aktuell sein und laufend auf die personellen, sozialen und lokalen Verhältnisse ihrer Umwelt Bezug nehmen. Die kleinsten Kleinigkeiten, ein Feldrain, ein Hausumbau, können in der Gemeinde von Nutzen werden, wenn sie einem Staatsbürger, der Öffentlichkeit und dem Gemeinwohl dienen. Das Recht eines Kindes auf einen Kindergartenplatz hat hier ebenso seine Bedeutung wie höhere Bildungseinrichtungen. Nur so kann der einzelne politische Mitarbeiter dem Ziel der FPÖ, eine nationale, freiheitliche, soziale und europäische Politik praktisch anzustreben, auch in der kleinsten Einheit gerecht werden.



Norbert Steger, Fritz Wolfram

Dr. Tassilo BROESIGKE

Aufbau des Freiheitlichen Bildungswerkes

Im Jahre 1971 gab es erstmalig auf Bundesebene Bestrebungen, eine zentrale Förderung der politischen Bildung durchzuführen. Auf Landesebene hatte es eine solche Förderung schon längst gegeben und ebenso gab es in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland eine sehr großzügige Unterstützung der politischen Bildungsarbeit und dementsprechend Bildungseinrichtungen der im Bundestag vertretenen Parteien.

Die Bundesregierung brachte am 9. Mai 1972 im Nationalrat eine Regierungsvorlage ein, in der die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit der politischen Parteien vorgesehen war. Die Grundgedanken dieser Vorlage waren, daß jede der im Nationalrat vertretenen Parteien einen Rechtsträger bestimmt, der die Förderung erhält und für die zweckgemäße Verwendung verantwortlich ist. Die Tätigkeit des Rechtsträgers durfte nicht auf Gewinn gerichtet sein. Eine strenge Kontrolle war vorgesehen, zum Unterschied von der bisherigen Vorgangsweise auf Landesebene, für die am besten die Meinung eines hohen Landespolitikers zu zitieren ist, der meinte, wenn eine politische Partei die erhaltenen Gelder nicht zweckgemäß verwende, dann habe sie eben zur Strafe keine gut ausgebildeten Funktionäre. Nunmehr war für die neue Bundesförderung Bedingung, daß der Jahresabschluß und die Gebarung des Rechtsträgers von zwei Wirtschaftsprüfern oder Buchprüfern und Steuerberatern auf Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit überprüft wird und daß der Jahresabschluß in der Wiener Zeitung zu veröffentlichen sei.

Alljährlich war dem Rechnungshof ein Bericht über die Verwendung der Fondsmittel vorzulegen. Eine besondere Sorge des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky war, daß unter Umständen die Wirtschaftsführung der Rechtsträger nicht zu aufwendig, sondern im Gegensatz dazu zu sparsam sein könnte. Die Folge davon wäre, daß die Rechtsträger sich Anlagevermögen in großem Umfang (Liegenschaften, Wertpapiere u. dergl.) zulegen, statt das Geld bestimmungsgemäß zu verwenden. Warnende Beispiele für

eine solche Vorgangsweise gab es. Die Regierungsvorlage enthielt daher zur Verhinderung einer solchen Entwicklung Bestimmungen gegen den Erwerb von unbeweglichem Vermögen und dauernder Veranlagung. Es zeigte sich aber, daß die einschränkenden Bestimmungen über das Ziel hinausschossen, weil ja die Bildungseinrichtungen einen zentralen Standort brauchten, wofür am besten eine Liegenschaft in Betracht kam. Es wurde daher im Ausschuß des Nationalrates eine Übergangsbestimmung eingebaut. Auch hätte ein Rechtsträger zum Ende des Jahres das ganze Geld ausgeben und mit Null am kommenden Jahresersten wieder anfangen müssen. Solche Schwierigkeiten, die sich erst in der praktischen Anwendung zeigten, wurden durch Novellierungen des Gesetzes behoben; es gab Änderungen, die aber in diesem Zusammenhang nicht wesentlich erscheinen.

Das Gesetz wurde am 9. Juli 1972 einstimmig im Nationalrat beschlossen.

Die Tatsache der Einstimmigkeit entbindet natürlich nicht von der Erörterung der Frage, ob das Gesetzesvorhaben berechtigt und zweckmäßig war. Hier ergeben sich zwei Fragen:

Die erste Frage ist, ob der Gesetzgeber überhaupt politische Bildung fördern oder ob er diese Tätigkeit und deren Finanzierung nicht privaten Einrichtungen überlassen soll. Hiezu ist zu sagen, daß über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit staatsbürgerlicher Bildungsarbeit eigentlich immer Einigkeit bestand. Gerade der demokratische Staat ist darauf angewiesen, daß seine Bürger möglichst viele Kenntnisse und auch Verständnis für politische Dinge haben. Dies wurde schon in der Antike erkannt. Als Beispiel sei ein zwischen Sokrates und einem an politischer Tätigkeit Interessierten geführtes Gespräch angeführt, das von Xenophon überliefert wurde. Hier wird dem Interessierten von Sokrates erklärt, daß er sich auch die nötigen Erkenntnisse beschaffen müsse und wörtlich gesagt: „Siehst du nicht, wie mißlich es ist, von Sachen zu reden, die man nicht kennt, und Dinge zu unternehmen, wovon man nichts versteht?“ Die Erkenntnis der Notwendigkeit politischer Bildung bestand also schon vor mehr als 2.000 Jahren und wird wahrscheinlich immer bestehen, wenn die Staatsform demokratisch ist.

Es kommt noch ein Umstand dazu, der politische Bildung förderungswürdig erscheinen läßt: Staatsbürgerliche Bildung führt notwendigerweise zu einer Versachlichung der politischen Diskussion. Wer über eine Sache gut informiert ist, wird in der Regel nicht unrichtige Behauptungen aufstellen, nicht nur aus hohen moralischen Grundsätzen, sondern schon deshalb, weil er weiß, daß unrichtige Behauptungen leicht vom politischen Gegner widerlegt werden können. Wenn wir also wollen, daß die politische Auseinandersetzung nicht zum Austausch von Beschimpfungen wird, so ist staats-

bürgerliche Bildung ein Weg, dem entgegenzutreten. Ich glaube daher, daß an der Notwendigkeit immer besserer politischer Bildung und der staatlichen Förderung in diesem Bereich kein Zweifel bestehen kann und tatsächlich wurde auch ein solcher in der Zeit der Gesetzwerdung und in der Folgezeit nicht geäußert.

Anders steht es mit einem zweiten Problem: Im Begutachtungsverfahren wurde die Frage aufgeworfen, warum denn nun eigentlich die politischen Parteien die staatsbürgerliche Bildungsarbeit leisten sollten und ob nicht ein anderer Weg der Förderung gefunden werden könnte. Wenn in diesem Zusammenhang behauptet wurde, es würde auf diese Weise eine Monopolisierung bei den politischen Parteien eintreten, so war dies zweifellos unrichtig, weil durch ein Förderungsgesetz niemand anderer gehindert wird, in diesem Bereich tätig zu werden und tatsächlich gibt es ja auch zahlreiche Institutionen, die derartige Kenntnisse vermitteln. Im übrigen bringt die Förderung der Bildungsarbeit der politischen Parteien mit sich, daß an politischer Bildung Interessierte als Zielgruppe erfaßt werden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß jede Tätigkeit und vor allem auch eine Informationstätigkeit umso erfolgreicher ist, je mehr ein Interesse der Betroffenen besteht. Würde man etwa unter Anwendung eines Zufallsauswahlverfahrens für ein Seminar beliebige 25 Leute aus der Bevölkerung aussuchen, so wäre das Ergebnis sicherlich minimal und keineswegs dem vergleichbar, wenn Leute aus eigenem Interesse eine solche Veranstaltung besuchen. Das System der staatsbürgerlichen Bildung über die Einrichtungen der politischen Parteien erfaßt dagegen die Interessierten, die sich einen Vorteil von der Vermehrung ihrer politischen Bildung erwarten. Gefördert werden also der demokratische Staat, der an der politischen Bildung seiner Bürger interessiert ist, die politischen Parteien, die notwendiger Weise das gleiche Interesse bezüglich ihrer Mitglieder haben, und gefördert werden jene, die in den politischen Parteien tätig sind. Natürlich hat auch dieses System seine Mängel, ein Rückblick auf die vergangenen zwanzig Jahre zeigt aber, daß es sich als zweckmäßig erwiesen hat.

Wie schon erwähnt, waren als Träger der politischen Bildung Rechtsträger vorgesehen, die Vereine oder Stiftungen sein konnten. Aus diesem Grund wurde die Verbindung mit den entsprechenden Rechtsträgern in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Dort gibt es die Konrad Adenauer Stiftung (CDU) und die Friedrich Ebert Stiftung (SPD), die beide als Vereine organisiert waren; die Friedrich Naumann Stiftung (FDP) war dagegen eine Stiftung im Rechtssinn. Bei der FPÖ entschloß man sich für die Rechtsform des Vereines. Die Satzungen wurden am 4.9.1972 beim Innenministerium eingereicht und der Verein mit Bescheid vom 5.10.1972 nicht untersagt. Es fand sohin am 18.10.1972 die Konstituierung statt, wobei der Verfasser zum Obmann gewählt wurde, was er bis 30. Juni 1980 blieb. In der anschließenden

den Kuratoriumssitzung wurde Prof. Dr. Fritz Wolfram zum Geschäftsführer bestellt. Er bekleidete dieses Amt bis zum 31.12.1979.

Mit diesen 7 Jahren beschäftigt sich der vorliegende Beitrag.

Der § 2 der Satzungen lautet wörtlich: „Ausschließlicher Zweck des Vereines ist es, auf der Grundlage des Programms der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) unmittelbar und in gemeinnütziger Weise die staatsbürgerliche Bildung im Sinne der Grundsätze der Bundesverfassung, die politische und kulturelle Bildung sowie die Einsichten in politische, ökonomische, rechtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge auf innerstaatlicher und internationaler Ebene zu fördern. Die Tätigkeit des Vereines ist nicht auf Gewinn gerichtet. Etwaige Gewinne dürfen nur für den Zweck laut Satzung verwendet werden.“

Um für diese Ziele zu wirken, bedurfte es zunächst einer entsprechenden sachlichen und personellen Ausstattung.



Im Kreis interessierter Seminarteilnehmer: v.l.n.r.: Klubobmann Friedrich Peter, Kuratoriumsvorsitzender Tassilo Broesigke, Alexander Götz, Friedhelm Frischenschlager, Norbert Steger.

Als zentrale Schulungsstätte wurde eine frühere Pension in Baden erworben und im Laufe der Jahre für die Zwecke des Bildungswerkes entsprechend ausgebaut. Dieser Umbau war im Jahre 1978 abgeschlossen und ergab neben den erforderlichen Unterrichtsräumen, Küche, Speisesaal und Dienstwohnung (Heimverwaltung) 27 Zimmer (40 Betten), so daß für Veranstaltungen bis zu 40 Personen vorgesorgt war. Der Betrieb konnte in Baden bereits im Jänner 1974 begonnen werden.

Es dauerte einige Zeit, bis die entsprechende zweckmäßige Abstimmung zwischen Veranstaltungen in Baden und Regionalveranstaltungen (z.B. Attersee, Sommeralm, Fraxern) gefunden werden konnte. Eine regionale Ausbildung erfolgte auch in Flattnitz/Kärnten, Wörgl/Tirol und Graz/Steiermark.

Es gab wiederholt Abstimmungsschwierigkeiten, eine zufriedenstellende Regelung konnte aber immer gefunden werden.

Ein wesentlicher Einwand gegen Baden war, daß doch eine gewisse Entfernung von Wien bestand. Hierin habe ich indes immer einen Vorteil gesehen, denn nichts ist so schädlich für Informationsveranstaltungen, als die Abhaltung in der Großstadt, wo es unendlich viele Möglichkeiten gibt, mehr oder minder wichtige Termine wahrzunehmen, zu denen ein Aufenthalt in Wien Anlaß und Möglichkeit gibt.

In Wien wurde eine Geschäftsstelle im 9. Bezirk eingerichtet und 1977 eine größere im 1. Bezirk.

Erwähnt muß außerdem werden, daß die entsprechenden, für die Informationstätigkeit notwendigen Geräte angeschafft wurden. Daneben gab es eine Bibliothek und eine Dokumentation und schließlich gab das Bildungswerk seit 1978 eine politische Schriftenreihe heraus.

Im Jahre 1974 hat die FPÖ die Zeitschrift Argumente ins Leben gerufen, die seit 1976 vom Bildungswerk herausgegeben wurde. Als Herausgeber dieser Zeitschrift fungierte der Verfasser. Über die Themen wurde in regelmäßigen Redaktionssitzungen entschieden.

Für die Informationstätigkeit kamen hauptsächlich Seminare in Betracht. Daraus leitete sich die personelle Ausstattung des Bildungswerkes ab.

Außer dem schon erwähnten Geschäftsführer gab es zwei, später drei Seminarleiter und eine, später zwei Sekretärinnen. Die Personalaufstockung im Laufe der Jahre wurde durch den steigenden Arbeitsumfang notwendig, von dem noch die Rede sein soll.

Ziel der Tätigkeit war:

1. In den verschiedenen Bereichen das notwendige Sachwissen zu vermitteln, entsprechend dem Ausspruch von Friedrich Naumann „Politik ist nichts ohne gelerntes Wissen“. Dazu kam
2. die Erziehung zu politischer Urteilskraft,
3. die Erarbeitung von Reformkonzepten und
4. die technische Schulung.

Es ergab sich natürlich die Frage, wie die politische Information gestaltet sein sollte. Sollte nur reines Sachwissen (Punkt 1) vermittelt werden, wobei es dem Teilnehmer überlassen blieb, sich ein politisches Urteil zu bilden (Punkt 2)? Dies war natürlich zu wenig. Aus der Sicht jener Zeit kam es darauf an, zu dem Sachwissen die Meinung der eigenen politischen Richtung zu vermitteln und natürlich auch entgegenstehende Gegenmeinungen darzulegen. Die Arbeit war daher beim Bildungswerk wie auch bei den Paralleleinrichtungen anderer Parteien nicht auf Wertneutralität abgestimmt. Vielmehr wurde politisches Wissen im freiheitlichen Geist vermittelt, wobei auch Vortragende zum Wort kamen, die keiner oder anderen politischen Parteien angehörten. Das Bildungswerk war bestrebt, allen, die zu ihm kamen, eine einwandfreie Information zu vermitteln, nicht nur über den objektiven Sachverhalt, sondern auch über die Meinungen hiezu, seien es die der FPÖ, seien es die anderer politischer Kräfte. Es versuchte, den Teilnehmern seiner Veranstaltungen jene Voraussetzungen zu vermitteln, die nach Max Weber für den politisch Tätigen erforderlich sind: Leidenschaft, Augenmaß und Verantwortungsgefühl.

Wie schon erwähnt, kam für das Bildungswerk Wertneutralität nicht in Betracht, die zwar eine notwendige Grundlage der Wissenschaft ist, aber nicht auf den Bereich der Bildung übertragen werden kann. Politische Bildung muß wie jede andere Bildung auch, bestimmte Wertvorstellungen als Grundlage haben. Diese waren im Falle des freiheitlichen Bildungswerkes das Ideal des freiheitlichen Rechtsstaates und einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Bezüglich der Didaktik der politischen Bildung sei aus dem Tätigkeitsbericht 1979 zitiert:

Als Lernziele für die politische Bewußtseinsbildung kommen dabei in Frage:

1. Kritische Urteilsfähigkeit gegenüber politischen und wirtschaftlichen Aussagen und Entscheidungen, sich selbständige Meinungen bilden zu können und auch die Fähigkeit zur Selbstkritik.
2. Gewinnung von Beurteilungsmaßstäben für Faktoren und Funktionszusammenhänge im politischen und sozialen Bereich, für die Wertung von Argumenten und Gegenargumenten.
3. Fähigkeit, komplizierte Prozesse zu erkennen, sich selbständig Informationen zu sammeln und ihren Stellenwert bestimmen zu können, eigene Auffassungen begründen und ausdrücken zu können.
4. Weckung der Widerstandsfähigkeit gegen Manipulation und Verführung sowie gegen Fremdbestimmung, dogmatische oder absolute Ansprüche.

5. Bereitschaft zum persönlichen Einsatz in der Politik, Gegensätze anzuerkennen, mit Konflikten zu leben und zu Kompromiß und Toleranz bereit zu sein.
6. Erkennen, daß es kein wertneutrales Urteilen und Handeln gibt, daß bei der Gestaltung der Politik immer auch die eigene Sache betroffen ist und daß Ordnung für das menschliche Zusammenleben notwendig ist.

Aus diesen Grundsätzen ergab sich die Gestaltung der Tätigkeit.

Es gab:

1. Seminare
2. Fachtagungen
3. eine politisch-wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft



Otto Scrinzi und Fritz Wolfram bei einem Seminar im Bildungshaus Baden.

Die Seminare mit einem Teilnehmerkreis von etwa 25 Personen dienten der Vermittlung der erforderlichen Kenntnisse in einem bestimmten Bereich. Es gab zunächst Seminare, in denen es um formell-technische Schulung ging: Rede- und Diskussionstechnik, Versammlungsleitung, Öffentlichkeitsarbeit, Verhandlungstaktik, Argumentationstraining u. dgl. Einen wesentlichen Teil der Seminararbeit bildeten die kommunalpolitischen Seminare, bei denen alle Bereiche der Kommunalpolitik behandelt wurden. Schließlich gab es noch die allgemeinen Informationsseminare zur Vermittlung politischen Fachwissens.

Fachtagungen hatten die Aufgabe, Spezialprobleme bestimmter Berufsgruppen oder bestimmter Sachthemen zu behandeln, wobei nicht der Unterricht, sondern die Diskussion im Vordergrund stand und es darum ging, gemeinsame Vorstellungen in bestimmten Bereichen zu erarbeiten (z.B. Wirtschaftstreibende, Bauern, öffentlicher Dienst, Hochschulpolitik u. dgl.)

Der **Atterseekreis** war ein Diskussionsforum, eine politisch-wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Reformkonzepte zu diskutieren und zu erfassen (oben, Punkt 3). Es würde zu weit führen, sämtliche Tätigkeiten aufzuzählen, daher sei nur beispielsweise erwähnt, daß etwa im Jahre 1974 Konzepte in den Bereichen Verwaltungsreform, Raumordnung, Krisenvorsorge und Forschungsorganisation erarbeitet wurden. Bezüglich des zuletzt erwähnten Themas wurden in allen österreichischen Universitätsstädten Enqueten abgehalten. Bei der Auswahl der Tagungsthemen standen naturgemäß politische Problemschwerpunkte im Vordergrund. Hierbei wurden auch, soweit möglich, die an das Bildungswerk herangetragenen Wünsche berücksichtigt. Die Erfahrung der ersten Jahre zeigte, daß auf die Themen Verhaltenstechnik, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunalpolitik, Informationsseminare und Fachtagungen besonderes Gewicht gelegt wurde. Neben der im Vorstehenden besprochenen Tätigkeit gab es noch besondere Veranstaltungen wie etwa Vorträge ausländischer Gäste oder eine Veranstaltung zum Gedenken an das Jahr 1848, den Ausgangspunkt des politischen Liberalismus in Österreich.



Hans Achatz und Angelika Hofegger bei einem Seminar der Landesgruppe Oberösterreich.

Die Statistik zeigt eine positive Entwicklung: Im Jahre 1973 gab es 21 Veranstaltungen mit 550 Teilnehmern, im Jahre 1980 91 Veranstaltungen mit 2.200 Teilnehmern.

In dieser Zeit hatte das Bildungswerk Kontakt mit den Parallelinstitutionen der anderen Parteien und mit der Friedrich Naumann Stiftung der FDP. Es wirkte auch an Veranstaltungen, die von anderer Seite organisiert wurden, mit. Auf Grund des Rundfunkgesetzes war es in der Hörer- und Sehervertretung des ORF vertreten.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß das Bildungswerk einen Helfried Pfeiffer-Preis für freiheitliche Publizistik gestiftet hat, mit dem Publizisten ausgezeichnet wurden, deren Veröffentlichungen in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Rundfunk oder Fernsehen, jedoch außerhalb des tagespolitischen Journalismus, in besonderer Weise für die Grundsätze und die Fortentwicklung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung eintreten.

Natürlich hat das Bildungswerk in diesen 7 Jahren nicht alles erreicht, was wir uns am Beginn vorgenommen hatten, aber immerhin glaube ich, daß ein guter Fortschritt im Sinne der vom Gesetz und der Satzung des Bildungswerkes gestellten Aufgabe erzielt worden ist.

Ich möchte diese Betrachtungen nicht abschließen, ohne meines wichtigsten Mitarbeiters in diesen Jahren, des Geschäftsführers Prof. Dr. Fritz Wolfram, Erwähnung zu tun. Ebenso wie das Bildungswerk am Ende der Berichtszeit nicht mehr aus der Entwicklung der FPÖ weggedacht werden konnte, ist es offenbar, daß die aufgezeigte positive Entwicklung zum guten Teil der Arbeit von Prof. Dr. Fritz Wolfram zu verdanken ist.

Volksanwalt Horst SCHENDER

Seminare und Institutionen

Die Übernahme der Funktion eines Vorsitzenden des Kuratoriums des FBW im Jahre 1980 durch einen Landesparteiobmann, der gleichzeitig auch noch Klubobmann einer Landtagsfraktion, Bundesparteiobmann-Stellvertreter und Bundesorganisationsreferent der FPÖ ist, mochte damals wie eine klassische Ämterkumulierung in den Händen eines Funktionsmultis aussehen. Tatsächlich wollte die damalige Parteiführung mit dieser Entscheidung eine möglichst rasche Umsetzung der inhaltlichen und organisatorischen Erfordernisse aller Organisationsbereiche – der Parteibasis wie der Parteispitze – bewirken. Die traditionell stark föderalistisch geprägten Strukturen der FPÖ erforderten eine bewußte Mitwirkung der Landesgruppen an der Erstellung der Arbeitsschwerpunkte im Schulungsprogramm des FBW. Dabei sollte schrittweise eine Dezentralisierung der Seminare zu den Bundesländern erfolgen, um einerseits wesentlich mehr Funktionäre schulen zu können und andererseits gleichzeitig Kosten zu sparen. Die monatlich abgehaltenen Orga-Tagungen aller Landesgeschäftsführer und Landesorganisationsreferenten lieferten mir dabei die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen. Bald trug auch das enge Zusammenwirken zwischen Bundesorga-Referat und FBW deutlich erkennbare Früchte durch eine spürbare Intensivierung der Schulungstätigkeit.

Noch größer als in organisatorischer Hinsicht war jedoch die Herausforderung in den Achziger-Jahren im inhaltlichen Bereich. Mit dem Eintritt in die Bundesregierung im Jahr 1983 kamen enorme programmatische Lücken zutage, die es möglichst rasch zu schließen galt. Eine große Zahl von Arbeitskreisen arbeitete an neuen Konzepten, ein zeitgemäßes Parteiprogramm mußte erarbeitet werden, die Regierungsbeteiligung machte es notwendig, täglich konkret Position zu beziehen. Für diese gewaltige inhaltliche Herausforderung war die Partei aber nicht ausreichend vorbereitet. Das FBW bemühte sich, mit vergleichsweise bescheidenen finanziellen und personellen Mitteln, die Rahmenbedingungen für diese umfangreiche konzeptive Tätigkeit bereitzustellen. Wenn man auch nachträglich kritisch anmerken kann, daß damals die inhaltliche Positionierung der Freiheitlichen in der politischen Landschaft – vor allem die Abgrenzung vom Koali-

tionspartner – nicht deutlich genug gelang, so muß doch hervorgehoben werden, daß die Kraftanstrengung der Beteiligten gewaltig, das Ergebnis – etwa das Parteiprogramm 85 oder die Liberale Marktordnung – oft recht respektabel war, wenn auch im Endeffekt die politische Umsetzung mißlang.

Unabhängig von der Seminartätigkeit und den gesellschafts- und tagespolitischen Arbeitskreisen, die zu betreuen waren, erfuhr im FBW die wissenschaftliche Tätigkeit eine bedeutende Ausweitung. 1983 wurde dieser Bereich des FBW inhaltlich und organisatorisch auf eine neue Basis gestellt. Nach außen hin sollte diese Tätigkeit – etwa in Form von wissenschaftlichen Veranstaltungen – durch das neu eingerichtete „Schmerling-Institut“ erfolgen. Dieses Institut stellt einen Bestandteil des FBW, im konkreten Fall die wissenschaftliche Abteilung des FBW dar.

Das Schmerling-Institut wurde nach Anton von Schmerling, dem Schöpfer der ersten konstitutionellen Verfassung (1867) und Begründer des Rechtsstaates durch die Trennung von Justiz und Verwaltung benannt. Schmerling war ein deutschösterreichisch gesinnter gemäßigter Liberaler, der durch seine historischen Leistungen dem politischen und zeitgeschichtlichen Tagesstreit entzogen ist. Durch die Verankerung seines Namens werden vor allem die wissenschaftlichen Disziplinen Geschichte, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft bleibend angesprochen.

Zu den Aufgaben des Schmerling-Institutes gehört innerhalb des FBW auch die Erforschung der **Geschichte des freiheitlichen Lagers** und seines Beitrages zur Geschichte Österreichs. Zahlreiche Bände der Schriftenreihe des FBW setzen sich mit historischen Persönlichkeiten des nationalliberalen Lagers in der Geschichte Österreichs auseinander und stellen häufig auch aktuelle Bezüge zur politischen Gegenwart her (z.B. „Hans Kudlich. Von der Bauernbefreiung zu einem neuen Agrargenossenschaftswesen“, oder „Dr. Michael Hainisch. Österreichs erster Bundespräsident“ oder „Freiheitliche Schulpolitik. Von der Monarchie bis zur Gegenwart“ von Prof. Fritz Wolfram u.v.a.m.).

Das Grundsatzpapier „**Liberale Marktwirtschaft 90**“ war der Versuch, umfassende, auf der Basis des Liberalismus beruhende neue wirtschaftspolitische Ideen zu formulieren. Mit diesem Versuch sollte einerseits ein ideologisch und sachlich fundierter, ordnungspolitischer Beitrag im Sinne einer programmatischen Erweiterung geleistet werden, andererseits wurde die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen zur Änderung, Verbesserung und Erweiterung der in Österreich praktizierten Wirtschaftspolitik angestrebt. Am Grundsatzpapier „Liberale Marktwirtschaft 90“ arbeiteten in 21 Arbeitskreisen je 15 bis 25 Personen pro Arbeitskreis mit. Die Broschüre

enthielt einen umfassenden allgemeinen wirtschaftspolitischen Teil und auszugsweise Ergebnisse aus den Arbeitskreisen.

1984 wurde im Freiheitlichen Bildungswerk ein eigener Arbeitskreis zur Programmweiterentwicklung unter dem Vorsitz von Dr. Frischenschlager und Dr. Stix eingerichtet. Seine Aufgabe bestand in der Erarbeitung eines umfassenden Diskussionsentwurfes für ein **neues Parteiprogramm**. Anfang 1985 lag der Entwurf nach umfangreichen Beratungen vor. Diese Diskussionsgrundlage wurde an alle Landesgruppen zur Diskussion ausgesandt. Die über 2000 eingelangten Anträge und Anregungen wurden verarbeitet und als Antrag für ein neues Parteiprogramm am Programmparteitag am 1./2. Juni 1985 in Salzburg vorgelegt. Dieser beschloß das neue Parteiprogramm „**Freiheit gilt uns als höchster Wert**“. Alle schriftlichen Unterlagen einschließlich des neuen Programmes wurden im Rahmen der FBW-Informationen herausgebracht.



Bei einem der vielen Seminare in Baden: Horst Schender, Gerulf Stix, Albert Schmidt.

Diese „**FBW-Informationen**“ wurden im Jahr 1984 als eigene Zeitung des Freiheitlichen Bildungswerkes gegründet. Die FBW-Informationen berichteten einerseits über die Arbeit des FBW, andererseits veröffentlichten sie historische und programmatische Arbeiten. (Angenehmer Nebeneffekt: der verbilligte Mehrwertsteuersatz für den Zeitungsdruck und begünstigtes Zeitungsversandporto). Als Beispiel sei hier etwa die Folge 4 erwähnt, „Der freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs“, eine 48 Seiten starke, reich

bebilderte Folge zur Geschichte des freiheitlichen Lagers von seinen Ursprüngen im Mittelalter über die Blütezeit in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bis in die jüngste Vergangenheit. Sie wurde an alle Funktionäre als Argumentationsbehelf versandt.

Verhaltenstechnische Seminare erfreuten sich unter den angebotenen Seminaren und Fachtagungen zunehmender Beliebtheit. Sie wurden daher in verstärktem Ausmaß angeboten. Der Hauptteil entfiel dabei auf die rhetorischen Grundseminare I, die in immer stärkerem Maß auch dezentral für einzelne Landesgruppen, aber auch Bezirksgruppen und verschiedene Zielgruppen abgehalten wurden. Auf den Basisseminaren aufbauend wurden dann weiterführende Veranstaltungen angeboten, so unter anderem Seminare für Rede- und Diskussionstechnik („Wie leite ich Sitzungen“, Kommunikationstraining, dialektische Rhetorik, politisches Argumentationstraining für Führungskräfte). Weiters wurden Rhetorikseminare auch für spezielle Zielgruppen wie z.B. AHS/BHS-Schüler, Studenten, Bauern, Betriebsräte etc. durchgeführt.

Die „**Politischen Seminare I**“ (Grundseminare) sollten die Teilnehmer mit den programmatischen Grundlagen der FPÖ, ihren politischen Aktionen und mit der Geschichte des freiheitlichen Lagers vertraut machen. Dabei wurden jedoch auch ausführlich die geistigen Grundlagen anderer politischer Strömungen behandelt und in offener Diskussion gegenübergestellt. Ein eigenes dafür entwickeltes Argumentationstraining sollte die Seminarteilnehmer befähigen, in der Alltagspraxis – allenfalls als Mandatäre – den gegnerischen Argumenten wirksam begegnen zu können. Je nach der jeweiligen aktuellen politischen Situation der FPÖ – Opposition zu absoluter Mehrheit, Regierungsbeteiligung in kleiner Koalition oder Opposition zu großer Koalition – war eine neue methodische Konzeption zu entwickeln und möglichst verständlich und einprägsam den Funktionären zu vermitteln. Die „Politischen Seminare II“ beschäftigten sich mit den geistigen und historischen Grundlagen des Liberalismus und auch mit den aktuellen Zielsetzungen liberalen Denkens.

Die **kommunalpolitischen Seminare** stellten neben den Rhetorikseminaren einen der wichtigsten Veranstaltungstypen dar. Sie dienten der Information der freiheitlichen Gemeindefunktionäre über ihre gesetzlichen Möglichkeiten und Aufgaben, insbesondere im Bereich der Kontrolle. Sie boten Hilfestellungen für die gezielte Bearbeitung von Haushaltsvoranschlägen und Rechnungsabschlüssen der Gemeinden und vermittelten darüberhinaus wirtschafts- und umweltpolitische Grundkenntnisse. Da wichtige landesgesetzliche Grundlagen (z.B. Baurecht, Gemeindefunktionsordnung, Jagdrecht, Abfallwirtschaft, Kindergartenwesen etc.) bundesländerweise verschieden geregelt sind, war vor allem in diesem Bereich die Dezentralisierung der Schulung von Mandatären besonders vordringlich geboten. Hier

war man bemüht, Trainer für den Einsatz in den Bundesländern zentral auszubilden und dann im jeweiligen Bundesland dezentral zur Schulung von Gemeindefunktionären einzusetzen. Neben dem Trainertraining wurden den Bundesländern auch Referentenkosten sowie Seminarbeiträge nach vorher vereinbartem Kostenbeteiligungsschlüssel abgegolten. Durch die damalige „chronische“ Finanznot mancher Landesgruppen bedingt, mußte den Ländern bei der Finanzierung von Schulungsaufgaben hilfreich unter die Arme gegriffen werden, weil diese Seminare sonst einfach unterblieben wären. Der dabei angewandte Finanzierungsschlüssel war ständig Gegenstand von Verhandlungen zwischen FBW-Führung und Landesgruppen.



V.l.n.r.: Wilfried Gredler, Horst Schender, Jörg Haider

Die **Finanzgebarung** des FBW unterlag – und unterliegt wohl auch heute noch – der jährlichen Kontrolle durch den Rechnungshof. Daher mußte bei jeder Teilfinanzierung, die nicht völlig zweifelsfrei dem gesetzlichen Auftrag des FBW – als politischer Akademie der FPÖ – entsprach, den Prüfungs-

beamten des Rechnungshofes peinlich genau Rechenschaft über die Gesetzmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit der Verwendung abgelegt werden. Dies gelang in so gut wie allen Fällen, weil den jeweiligen Parteiführungen, vor allem den Finanzreferenten, zeitgerecht verständlich gemacht werden konnte, daß gewisse Aufgaben wohl im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung, nicht aber im Geiste der staatlichen Finanzierung der Parteiakademien finanziert werden könnten.

Eine Institution, die sich im Vorfeld der FPÖ und des FBW bewegte, genoß trotz ihres weitgehend autonomen Status auch in dieser Phase die finanzielle Patronanz des FBW: der **Atterseekreis**. Hier konnte ein überschaubarer Kreis von jungen liberalen Intellektuellen seine Vorstellungen von einer freiheitlichen Gesellschaft der Zukunft ungehindert durch Parteirücksichten und ohne starre Organisationsformen formulieren und auch öffentlich artikulieren.

Ebenso wie der Atterseekreis genossen auch andere **befreundete (zumeist Vorfeld-) Organisationen** die Gastfreundschaft des FBW – überwiegend im gutgeführten Seminarhaus in Baden bei Wien –, um dort inhaltsbezogene Schwerpunktveranstaltungen abzuhalten (vor allem Studenten- und Schülerorganisationen, die der FPÖ nahestehen, aber etwa auch Senioren, Wirtschaftstreibende und Lehrer).

Daneben gab es jährliche **zielgruppenbezogene Seminare und Fachtagungen** für Bauern, Arbeitnehmer, Beamte, Frauen, Protestanten, Jugend und Senioren, um nur die größten Gruppen exemplarisch zu nennen. Sie alle suchten und fanden auch bei den Tagungen des FBW regen Gedankenaustausch, neue Impulse und eine gefestigte politische Position, um für die geistige Auseinandersetzung mit politischen Konkurrenten besser gewappnet zu sein. Wesentlicher Bestandteil des Seminarbesuches war aber meist auch der gesellige Teil, bei dem sich Gesinnungsfreunde aus verschiedenen Regionen und oft unterschiedlichen Berufen und aus allen Altersgruppen einander menschlich, kameradschaftlich näher kamen und in gelöster Runde Erfahrungen austauschten. Neben dem Mitnehmen von geistigem Rüstzeug auch menschlich bereichert heimzufahren, macht ein Seminar erst zum bleibenden Eindruck, zum Gemeinschaftserlebnis. Diesen bleibenden Eindruck zu vermitteln ist vor allem Sache der Seminarleiter, die zumeist mit großem Sachverstand, Geschick und Einfühlungsvermögen die Seminare geleitet haben.

Wenn vieles gut gelaufen ist und wenn mancher Erfolg bei der Bildungsarbeit des FBW in den Jahren meiner Obmannschaft möglich war, so bin ich selbst günstigstenfalls für die Rahmenbedingungen verantwortlich, unter denen die Arbeit stattfinden konnte und – gemeinsam mit dem Kuratorium – für die „große Linie“. Die Arbeit selbst ruhte auf den Schultern des

Geschäftsführers – im größten Teil dieser Zeit Lothar Gintersdorfer – und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie hatten in absoluter Loyalität zur jeweiligen Führung – das war schließlich ihr Job – die aktuelle politische Linie der Partei zu untermauern, zu unterstützen und zu verteidigen. Ob ihnen das immer leicht gefallen ist, steht gar nicht zur Diskussion.

Aus meiner Sicht haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im FBW ein aufrichtiges Dankeschön ebenso verdient wie die zahlreichen engagierten Seminarteilnehmer, ohne die eine erfolgreiche Bildungsarbeit undenkbar gewesen wäre! Auch für die verständnisvolle Unterstützung durch die Kuratoriumsmitglieder und die Landesparteiobmänner möchte ich mich ehrlich bedanken.

Die acht Jahre meiner Obmannschaft im Freiheitlichen Bildungswerk betrachte ich rückblickend als absoluten Höhepunkt meiner jahrzehntelangen bildungspolitischen Tätigkeit. Als Abrundung dieser Arbeit habe ich jetzt die Chance, mit der interessanten Aufgabe eines – unter anderem auch – für alle Beschwerden aus dem Bereich des Schul- und Bildungswesens zuständigen Volksanwaltes, völlig neue Perspektiven der öffentlichen Verwaltung im allgemeinen und der Schul- und Bildungspolitik im besonderen aus der Sicht eines obersten Kontrollorganes kennenzulernen. – Die jahrzehntelange Erfahrung als Politiker in vielfältigen Führungsaufgaben war die beste Schule für diese schöne und verantwortungsvolle Aufgabe.

Stadtrat Lothar GINTERSDORFER

Die Politische Bildung als Aufgabe

Die Übernahme der Geschäftsführung bedeutete Kontinuität und Wandel zugleich. Die Grundsätze freiheitlicher Bildungsarbeit haben sich nicht verändert, sondern wurden weiter vertieft.

Freiheitliche Politik war und ist stets gekennzeichnet vom Eintreten für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Da sie den einzelnen als Persönlichkeit respektiert und nicht als Sprachrohr aufgedrängter oder aufgezwungener Meinungen mißbrauchen will, muß sie in weiterer Konsequenz nicht nur das Recht auf freie Meinungsbildung fordern, sondern es auch selbst in der täglichen politischen Bildungs- und Meinungsbildungspraxis verwirklichen.

Politische Bildungsarbeit darf daher gerade im Rahmen einer Institution, die sich freiheitlichen Wertvorstellungen verpflichtet fühlt, nicht den Charakter einer Indoktrination annehmen. Sie muß vielmehr im Sinne der sokratischen „Hebammenkunst“ Hilfestellung zum Hervorbringen einer aus eigenem Ringen erarbeiteten politischen Meinung leisten. Diese Grundeinstellung erfordert von den Ausbildnern und Vortragenden an einer freiheitlichen Bildungsinstitution ein hohes Maß an ständiger kritischer Selbstkontrolle und vor allem ein politisches Selbstbewußtsein, das von der Zündkraft der eigenen politischen Ideen so sehr überzeugt ist, daß er sich nicht auf den Weg der Überredung von außen angewiesen fühlt. Eine an solchen Überlegungen orientierte Bildungsarbeit wird daher ihr Hauptgewicht im Anbieten von möglichst umfassender und vollständiger Information und in der Übung logischer Denkfähigkeiten sehen und nicht im Einhämmern fertiger politischer Meinungen.

Der Inhaltskatalog freiheitlicher Bildungsarbeit darf sich daher auch nicht auf die eigenen Standpunkte beschränken, sondern fordert geradezu die Einbeziehung anderer Standpunkte in die Diskussion. Im Sinne der Erziehung zum mündigen Bürger ist es dabei von entscheidender Bedeutung, daß die Auseinandersetzung mit diesen gegnerischen Standpunkten im Geiste der kritischen Wahrheitssuche erfolgt und nicht in der rein rhetorischen Absicht, zu widerlegen. Natürlich bildet die Schulung in der gezielten

Argumentation, in der strategischen Planung einer überzeugenden und wirkungsvollen Darstellung des eigenen Standpunktes eine wesentliche Ausbildungskomponente; gerade die Praxis der Rhetorikseminare zeigt ja, daß selbst jahrelang amtierende Gemeindefunktionäre und Parteifunktionäre oft nur über geringe rednerische Fähigkeiten verfügen. Die Ausbildung in diesen rede- und verhandlungstechnischen Fertigkeiten muß aber unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß diese Fertigkeiten nicht der Abhaltung rhetorischer Scheingefechte zu dienen haben, sondern Hilfsmittel für eine demokratische Auseinandersetzung sind, die auf die Inhalte des Gesprächspartners eingeht und sich nicht nur strategisch mit ihnen auseinandersetzt.

Gerade das Bild der freiheitlichen Persönlichkeit, der liberalen geistigen Grundhaltung, ist wesentlich geprägt durch Begriffe wie Toleranz, demokratische Offenheit gegenüber anderen Meinungen und pluralistisches Geltenlassen anderer Standpunkte. Dies sind Haltungen, die einer maschinellen rhetorischen Perfektion ebenso widersprechen wie einer direkt oder indirekt behaupteten eigenen Unfehlbarkeit.

Vor dem Hintergrund dieser Anforderungen formiert sich freiheitlich politische Bildung über alles inhaltlich hinaus als Erziehung zu einem politischen Stil, der den erwähnten Grundlinien eines freiheitlichen Menschenbildes entspricht. Natürlich schließt dies eine kompromißlose Verfechtung wesentlicher Standpunkte nicht aus. Natürlich kann liberale Toleranz nicht im bedingungslosen Kampf gegen politische Intoleranz gelten. Bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung aber sollte gerade die Verfechtung des freiheitlichen Standpunktes gekennzeichnet sein durch jene Gelassenheit, die stets ein Kennzeichen sachlich legitimer und persönlich fundierter Autorität war.

Diese Haltung ist sicherlich nur in beschränktem Maße erlernbar und anziehbar. Die ist aber umgekehrt nur dann erreichbar, wenn politische Bildung nicht auf die Verpflichtung vergißt, daß sie keine Meinungsroboter, sondern Menschen zu bilden hat, die der von ihnen vertretenen Idee nicht nur durch sachliche Informiertheit und politische Einsatzbereitschaft, sondern auch durch demokratischen Stil und untadelige äußere Haltung gerecht werden sollen.

Nur im Zusammenwirken von inhaltlicher Schulung, Weckung politischer Motivation und Heranführung zu politischer Haltung kann die Zielvorstellung freiheitlicher Bildungsarbeit erreicht werden: Der aufgeklärte, mündige Bürger, der sich über die Sicherung seiner eigenen individuellen Existenz hinaus den größeren sozialen und geistigen Zusammenhängen verpflichtet fühlt und den Herausforderungen seiner Zeit gewachsen ist.

Das Freiheitliche Bildungswerk begann nach den ersten Jahren der Aufbau- phase, neue Tätigkeitsfelder zu erschließen und gleichzeitig seine bisherige Arbeit zu vertiefen.

Verhaltenstechnische Seminare: Der Hauptteil entfällt auf die Rhetorischen Grundseminare I, die auch verstärkt dezentral für einzelne Landesgruppen und Zielgruppen abgehalten werden. Auf diese Basisseminare aufbauend werden weiterführende Veranstaltungen angeboten, so unter anderem Seminare für Rede- und Diskussionstechnik II, ein Seminar: Wie leite ich Sitzungen?, Seminare für Kommunikationstechniken I und II, Dialektische Rhetorik, Präsentationstechnik und anderes.



Hilmar Kabas, Lothar Gintersdorfer im angeregten Gespräch.

Politische Grundseminare: Die politischen Grundseminare sollen die Teilnehmer mit den programmatischen Grundlagen der FPÖ, ihren politischen Aktionen und mit der Geschichte des Freiheitlichen Lagers vertraut machen.

Seminare - Parteiarbeit an der Basis: Die Veranstaltungen dienen der Vermittlung grundlegender Techniken für die Bewältigung der organisatorischen Aufgaben der Parteifunktionäre. (Öffentlichkeitsarbeit, neue Veranstaltungsformen, Mitgliederwerbung, etc.)

Seminare für Kommunalpolitik: Diese Seminare dienen der Information der freiheitlichen Gemeindefunktionäre über ihre gesetzlichen Möglichkei-

ten und Aufgaben, insbesondere im Bereich der Kontrolle. Sie bieten Hilfeleistung für die gezielte Bearbeitung von Haushaltsvorschlägen und Rechnungsabschlüssen der Gemeinde und vermitteln wirtschaftspolitische Grundkenntnisse.

Darüber hinaus werden eine große Zahl von thematischen Schwerpunktseminaren und zielgruppenbezogenen Seminaren angeboten.

Die neuen Tätigkeitsfelder des FBW im Berichtszeitraum lagen insbesondere in den Bereichen: Grundsatzarbeit, historisch-wissenschaftliche Forschung, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Internationale Bildungsarbeit. Neben vielen Tätigkeitsbereichen, die an anderer Stelle erwähnt werden, waren folgende Veranstaltungen von herausragender Bedeutung:

Weißensee-Gespräche: Die Weißensee-Gespräche wurden fortgesetzt und zwar mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit
- Die gesellschaftspolitische Position der Frau zwischen Anspruch und Wirklichkeit
- Ökologie und Ökonomie
- Die biologische Reaktion - Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologien
- Aspekt einer umweltorientierten Steuer-, Sozial- und Energiepolitik
- Die EG und Österreich
- Arbeitswelt und Ruhestand - soziale Strukturen im Wandel

Kooperation der politischen Akademien im Bereich der wehrpolitischen Ausbildung der Grundwehrdiener

Im Jahre 1982 wurden gemeinsam mit den politischen Akademien von SPÖ und ÖVP insgesamt 20 Stundenbilder zu den wehrpolitischen Ausbildungszielen:

„Grundwerte“, „Bedrohungsbild“, „Neutralität“, „Umfassende Landesverteidigung“, „Heer in der Demokratie“ bestellt.

Nach zwei, drei Vorgesprächen auf Direktionsebene, woran Geschäftsführer Lothar Gintersdorfer teilnahm, wurde die Arbeit den Arbeitsausschüssen übergeben. Unser Arbeitsausschuß bestand aus Univ.-Prof.Dr. Karl Brunner, Professor für mittelalterliche Geschichte, Hilfswissenschaften und Didaktik an der Universität Wien und Dr. Wilhelm F. Kroupa. In den ersten

Sitzungen aller drei Arbeitsausschüsse wurde ein didaktisches Konzept entwickelt. Zudem einigte man sich über das formale Aussehen der einzelnen Stundenbilder. Daran anschließend teilten wir die Themen auf. Trotz der Proteste unseres Teams, daß es gerade in der Bildungspolitik keinen parteipolitischen Proporz geben darf, wurden die Themen 2:2:1 vergeben. Wir erhielten das Ausbildungsziel „Umfassende Landesverteidigung“. In mehreren Arbeitssitzungen und Kontaktgesprächen mit unseren freiheitlichen Heeresbediensteten erarbeitete unser Team ein Konzept, welches mit den Vorstellungen der anderen zwei Parteien in mehreren gemeinsamen Sitzungen der drei Arbeitsausschüsse aufeinander abgestimmt wurde. Auf diese Art entstanden alle 20 Stundenbilder im Konsens aller drei Akademien. Um praktische Aspekte in die Stundenbilder einzubauen, unternahm unsere Arbeitsgruppe eine Exkursion in die Kaserne Melk, wo sie als einzige der drei politischen Akademien ihre Vorstellungen praktisch erprobte.

Kooperation der politischen Akademien im Bereich der wehrpolitischen Ausbildung der Grundwehrdiener

1983 wurde gemeinsam mit den politischen Akademien der ÖVP und SPÖ ein Seminar für die Schulungsoffiziere der Truppe und des Generalstabes (S3, G3) in unserem Bildungshaus in Baden durchgeführt. Schwerpunkte dieser Veranstaltung waren eine Abenddiskussion zum Thema „Heißer Herbst auf österreichisch?“, die in der politischen Akademie der ÖVP durchgeführt wurde und an der neben den Abg. Karas (ÖVP) und Abg. Cap (SPÖ) Abg.Dr. Gugerbauer teilnahm sowie eine eingehende Aussprache mit Verteidigungsminister Dr. Friedhelm Frischenschlager über Sinn und Wert der Politischen Bildung im Rahmen der Ausbildung der Grundwehrdiener.

Kooperation der politischen Akademien im Bereich der Wehrpolitischen Ausbildung der Grundwehrdiener

Auch 1985 wurde die konstruktive Zusammenarbeit des Freiheitlichen Bildungswerkes mit dem Büro für Wehrpolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung fortgeführt.

Vom 18.-20. Juni 1985 fand ein gemeinsames Seminar aller drei politischen Akademien zum Thema „Ausbildung für Truppenzeitungsredakteure“ an der ÖVP-Akademie statt. Seitens des FBW nahm als Trainer Dr. Wilhelm F. Kroupa teil.

Vom 11.-13. November 1985 fand im Anton Reinthaller-Haus, Attersee, ein Praxisseminar „Politische Bildung im Bundesheer“ statt, wobei es um die

Methodik und Didaktik zu den Wpol-Ausbildungszielen ging. Fachreferent seitens des FBW war Univ.-Prof.Dr. Karl Brunner.

Arbeitskreis Protestanten in der FPÖ

Als Einzugsschwerpunkt wurde innerhalb des FBW ein Arbeitskreis „Protestanten in der FPÖ“ gegründet. Den Vorsitz übernahm Minister Dr. Friedhelm Frischenschlager. Die organisatorische Betreuung oblag Frau Karin Landauer. Die Jahrestagung 1985 fand am 28./29. September im Evangelischen Diakoniewerk „Waldheimat“ in Gallneukirchen statt. Referenten und Themen der Veranstaltung waren:

Pfarrer Mag. Gerhard Gäbler, Rektor des Diakoniewerkes: „Die soziale Aufgabe des Christen - im sozialen Wohlfahrtsstaat von heute noch aktuell?“

Bischof Mag.Dr.h.c. Dieter Knall: „Der versöhnte Mensch in dieser Welt - christliche Herausforderung“

Bundesminister Dr. Friedhelm Frischenschlager: „Der Sinn des Glaubens in der Politik“

Lehrerfortbildungsseminar

Aufgrund eines Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport kann das Freiheitliche Bildungswerk einmal pro Jahr eine anerkannte Lehrerfortbildungsveranstaltung durchführen. Die Einladungen ergehen vom BMUK über die Landesschulräte an alle Schulen Österreichs.

Mag. Elisabeth FRANK

Die freiheitliche politische Bildungsarbeit – zwischen Herausforderung und Realität

Es ist nun mal die Eigenart feierlicher Jubiläen – in diesem Fall handelt es sich um 20 Jahre Freiheitliches Bildungswerk – einen Blick zurück zu riskieren, Bilanz zu ziehen, aus einer sehr persönlichen Sicht auf mehr oder weniger wichtige Ereignisse hinzuweisen und vielleicht auch noch aus einer gewissen Unverfrorenheit eines Außenstehenden heraus gute Wünsche für die Zukunft der politischen Akademie zu äußern.

Als Begriff ist „politische Bildungsarbeit“ eine Leerformel ohne Aussage, oft für Nichtssagendes und Unbedeutendes mißbraucht worden. Dies führt uns somit zur Frage, was denn nun das Wesentliche der politischen Bildungsarbeit, der freiheitlichen im besonderen, ausmache: Sie ist eine ganz spezifische, stark zielgruppenorientierte Erwachsenenbildung auf sehr hohem Niveau, die die Chance und faszinierende Aufgabe hat, sich an politischer Aktualität orientieren zu können, diese Informationen in vielfältiger methodisch-didaktischer Weise aufzuarbeiten, um somit an praktischen Beispielen die politischen Ziele für den Interessierten transparent zu machen und Orientierungshilfen zu geben.

Das Freiheitliche Bildungswerk hat diese Herausforderung angenommen und in mehrfacher Weise umgesetzt. Ausgehend von einem enormen Stimmenzuwachs der FPÖ bei der letzten Nationalratswahl 1990 so wie den ebenso hervorragenden Wahlerfolgen bei den darauffolgenden Landtagswahlen in einigen Bundesländern, sah sich die politische Akademie nun vor eine große und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt, ihr Aus- und Weiterbildungsangebot nicht nur zu erweitern, sondern auch gleichzeitig dem mittlerweile veränderten Teilnehmerkreis anzupassen. Das bisherige Seminar- und Veranstaltungsangebot wurde entrümpelt und überarbeitet, d.h. bereits Bewährtes wurde in das neue Angebot eingearbeitet und neue Seminartypen entwickelt.

Ein Beispiel dafür ist die Regionale Weiterbildung. Nicht daß sie eine Erfindung dieser oben angesprochenen Zeit wäre, sie wurde nun ganz gezielt um den Bereich der politischen Arbeit in der Gemeinde erweitert und mit einem entsprechenden Seminarangebot unterlegt. Das Ziel war, den neuen Funktionären und Mandataren entsprechende Basisinformationen und Unterstützung bei der für viele neuen, kommunalen Tätigkeit zukommen zu lassen und sie in Kleingruppen auf ihre künftige politische Aufgabe vorzubereiten. Der Bogen spannte sich von fachspezifischen kommunalen Seminaren über Öffentlichkeits- und Pressearbeit bis hin zur Verhaltenstechnik. Nicht zuletzt die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit durch ein zielorientiertes Training und die Begegnung mit Gleichgesinnten ergibt ein sicheres Auftreten in der täglichen politischen Auseinandersetzung.

Die Fülle dieser neuen Aufgaben im Bereich Aus- und Weiterbildung konnte auch nur durch eine Dezentralisierung in der Organisation erreicht werden, was zweifellos einen Teil des Erfolges dieses Programmes ausmachte. Darüberhinaus wurde das Seminarangebot sowohl zeitlich als auch in bezug auf den Seminarort auf die Bedürfnisse der Teilnehmer abgestimmt und nicht – traditionellerweise – umgekehrt. Die regionalen Seminare wurden nach und nach in allen Bundesländern eingerichtet und das Angebot nach Bedarf flexibel gehalten. Überhaupt war die Mitarbeit der Seminarteilnehmer durch konstruktive Anregungen, ein ständiger Erfahrungsaustausch mit den Verantwortlichen der Bundesländer, der wesentliche Motor in der Weiterentwicklung des Angebotes.



V.l.n.r.: Mathias Reichhold, Elisabeth Frank, Andreas Mölzer

Auf absolutes Neuland wagte sich das FBW auch mit der eigenständigen Ausbildung von Trainern. Dies ist an sich nichts Besonderes und wird auch von vielen Erwachsenenbildungsinstitutionen praktiziert. In unserem speziellen Fall jedoch war bei den Kandidaten nicht nur Begabung, Einsatzfreude und kommunikative Fähigkeiten gefragt, sondern das Entscheidende überhaupt, nämlich politisches Gespür und die Lust an der Mitarbeit in einem politischen Vorfeld. Im nachhinein und statistisch betrachtet hat sich das Risiko gelohnt, wie wohl die hohe Drop-out-Rate bei den Trainern auf die enorme nebenberufliche und zeitliche Inanspruchnahme durch die Schulungstätigkeit zurückgeführt werden muß.

Die vorangegangenen Schilderungen neuer Aktivitäten im FBW lassen erkennen, daß in dieser Phase der Bereich der Schulung absoluten Vorrang vor allen übrigen Aufgaben der politischen Akademie, wie z.B. die Dokumentation oder das Erstellen von Publikationen, hatte. Darüberhinaus war ein hohes Maß an Innovationsfreude und Mut zum Experiment vorhanden, was v.a. von dem ab 1990 amtierenden Obmann des FBW, Ing. Mathias Reichhold, gemeinsam mit einem kleinen, aber hoch motivierten Team im FBW getragen wurde.

Ein gänzlich neues Projekt hat Mathias Reichhold in Form der „Jungen Akademie“ ins Leben gerufen. Sie richtete sich an eine bisher im Bildungsbereich völlig unbeachtet gebliebene Zielgruppe: das waren junge, engagierte Nachwuchspolitiker, talentierte und ambitionierte Sympathisanten sowie neue Mitglieder, die in einem individuell aufgebauten Stufenprogramm die Möglichkeit hatten, ihr politisches und historisches Wissen zu vertiefen und rhetorische und kommunikative Fähigkeiten zu erlangen bzw. zu verbessern. Nicht nur das äußere Erscheinungsbild trug zum hohen Bekanntheitsgrad bei, sondern auch die Bereitschaft der Teilnehmer zu Teamgeist und Engagement.

Gleichzeitig haben inhaltlich gut vorbereitete, öffentliche Diskussionen zu aktuellen politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Themen der Zeit dazu beigetragen, daß die politische Akademie auch über die eigenen Grenzen hinaus größere Bekanntheit erlangte. Ob es sich dabei um Abendveranstaltungen oder mehrtätige Enquêtes handelte, sie wurden nicht nur durch kompetente Experten, sondern auch durch faire und offene Diskussionen, in denen Meinungsvielfalt, aber dennoch ein klarer politischer Standpunkt vorherrschte, belebt. Einigen unter den Lesern werden noch Veranstaltungen wie die ersten Barentaler Umweltgespräche, eine Volksgruppenenquete, die Weißensee-Gespräche und noch vieles mehr in guter Erinnerung sein.

Dennoch waren und sind die Aufgaben der politischen Akademie umfangreich und vielfältig. Es hat seit Bestehen des FBW immer wieder Zeiten

gegeben, wo bestimmte Schwerpunkte gesetzt wurden, jeweils in enger Beziehung zur parteipolitischen Entwicklung. Ich halte es für sehr entscheidend, daß sich die politische Akademie ein größtmögliches Maß an Flexibilität und Offenheit für Neues bewahrt und bereit ist, sich nicht in starren, traditionellen Strukturen zu verkrampfen oder sich gar in einer gewissen Einseitigkeit zu verlieren. Die in den letzten 20 Jahren des FBW erlangten Fähigkeiten und Erkenntnisse wurden unter großem Aufwand und in langen Diskussionen erarbeitet und sollten nicht Gefahr laufen, verspielt zu werden.

In diesem Sinne möge dieses Jubiläum dem FBW die Möglichkeit bieten, optimistisch nach vorne zu schauen, sich seiner großen Verantwortung für die eigene Partei bewußt zu sein und den bisher eingeschlagenen Weg fortzusetzen.



V.l.n.r.: Mathias Reichhold, Kurt Piringer, Elisabeth Frank, Norbert Gugerbauer.

Generalsekretär NAbg.Ing. Walter MEISCHBERGER

Das Freiheitliche Bildungswerk im Jahr 1990

Eines der wesentlichen Kennzeichen freiheitlicher Politik war stets das Eintreten für das Recht des Einzelnen und die Betonung der Bedeutung des Individuums für die Gesellschaft. Die FPÖ respektiert den Bürger als Persönlichkeit und fordert daher konsequent sein Recht auf freie Meinungsäußerung und ebenso auf freie und unvoreingenommene Meinungsbildung ein.

Im Sinne diese Grundsatzes darf die politische Bildungsarbeit einer politischen Bewegung, die sich liberalen Grundsätzen verpflichtet fühlt, nicht die Form der Indoktrination und der – im negativen Sinne – Agitation annehmen. Der Bürger muß vielmehr durch die sachliche Darstellung politischer und gesellschaftlicher Problem- und Spannungsfelder dazu angeleitet werden, sich eine eigene Meinung zu bilden und ein politisches Selbstbewußtsein zu entwickeln, in welchem er auch seine eigene staats- und gesellschaftspolitische Relevanz entdeckt. Ziel einer solchen Bildungsarbeit kann somit nicht die Beeinflussung des Bürgers durch fertige und nicht mehr zu hinterfragende politische Parolen sein, sondern die Entwicklung hin zur mündigen und – im Sinne Sir Karl Poppers – offenen Gesellschaft.

Eine der wesentlichsten Stützen auf diesem Weg war und ist für die FPÖ das Freiheitliche Bildungswerk. Von jeher war sich diese Institution bewußt, daß sich politische Bildungsarbeit nicht allein auf die Darstellung eigener Standpunkte beschränken darf, sondern auch die Auseinandersetzung mit – den eigenen Ansichten zuwiderlaufenden – Meinungen in die Diskussion miteinbeziehen muß. Allein dadurch kann eine wirkliche demokratische Auseinandersetzung garantiert werden.

Das Hauptgewicht einer solchen Bildungsarbeit liegt daher natürlicherweise im Anbieten möglichst umfassender, vollständiger und sachlicher Information, die in jeder Weise Abstand von billiger Phraseologie nimmt.



Eine Veranstaltung des FBW im Palais Palfy.

Während meiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Freiheitlichen Bildungswerkes, ohne das unsere politische Arbeit wohl nicht mehr vorstellbar wäre, hatte ich von Jänner bis November 1990 Gelegenheit, die in dieser Institution geleistete Arbeit näher kennenzulernen und mich intensiver an ihr zu beteiligen.

Schon die Zahlen sprechen für sich: Allein im Bildungshaus Baden fanden im Jahr 1990 39 Seminare, Arbeits- und Fachtagungen sowie andere Veranstaltungen statt, die von insgesamt 670 Teilnehmern besucht wurden. Der Themenkreis umfaßte Rhetorikseminare, Tagungen über Jugendpolitik, allgemeinpolitische Seminare, Seminare für Senioren, Kommunikationstraining, Fortbildungsveranstaltungen verschiedenen Inhalts und anderes mehr.

Auch in den Bundesländern war man nicht untätig. Dort fanden insgesamt 73 Veranstaltungen statt, deren Teilnehmerzahl 1.073 Personen betrug. Auch hier gab es wie in Baden ein breites Themenspektrum, das durch länderspezifische Problemstellungen ergänzt wurde.

Als Veranstaltungsschwerpunkte für das Jahr 1990 lassen sich folgende Themenkreise feststellen:

1. Seminare und Fachtagungen

Diese gliedern sich in die Untergruppen:

- Verhaltenstechnische Seminare, wobei der Hauptteil auf rhetorische Seminare entfiel, die verstärkt dezentral in den Bundesländern und für bestimmte Zielgruppen abgehalten wurden;
- Politische Seminare, die sich in Grund- und weiterführende Seminare gliederten; Ziel der Grundseminare war es, die Teilnehmer mit den programmatischen Grundlagen, den politischen Aktionen und der Geschichte der FPÖ vertraut zu machen; dabei wurden jedoch auch ausführlich die geistigen Grundlagen anderer politischer Strömungen dargestellt und diskutiert;
- Regionale Weiterbildung – Die Arbeit in der Gemeinde, ein spezifisches, kommunales Schulungsangebot zur verstärkten und intensiven Ausbildung von Nachwuchs- und Führungsfunktionären in allen Bundesländern;
- Junge Akademie, ein abgeschlossenes Aus- und Fortbildungsangebot für Funktionäre, Mitarbeiter und Mitglieder der Partei, um sie gezielt auf künftige Führungsaufgaben vorzubereiten;
- Umweltpolitische Seminare, mit den Themenschwerpunkten



Walter Meischberger



Gerulf Stix, Schriftleiter der „freien ARGUMENTE“, im Gespräch mit Tassilo Broesigke und Georg Hanreich

- Umweltschutz nach der Öffnung der Grenzen nach Osten,
- Fremdenverkehr und Umweltschutz,
- Landwirtschaft und Umweltschutz;
- Lehrerfortbildungsseminar (einmal jährlich), das unter dem Motto „Die Neuordnung Europas als Aufgabenstellung für den Lehrer“ stattfand;
- Thematische Schwerpunktseminare und Fachtagungen für die Gruppen Arbeitnehmer, Bauern, Frauen, Führungskräfte, Gemeindevertreter, Hauptamtliche Mitarbeiter, Heeresbedienstete, Jugend, Öffentlicher Dienst, Schüler, Senioren, Studenten;
- FPÖ-Umweltservicebüro, das seit 1. April 1990 im Freiheitlichen Bildungswerk betrieben wird und allen politischen Funktionären, aber auch weiteren Interessierten eine Anlaufstelle in Sachen Umweltschutz bieten soll.

2. Einzelveranstaltungen

- Müllenquete in Klagenfurt am 14. Februar 1990
- „Die Junge Akademie als Ausbildungsmodell – die Parteijugend zwischen Euphorie und Realität“ in Bad Klein Kirchheim vom 16. bis 18. November.

3. „Freie Argumente“ – Freiheitliche Zeitschrift für Politik

1990 erschien bereits der 17. Jahrgang der „Freien Argumente“. Themenschwerpunkte dieses Jahrgangs waren Europa/Außenpolitik, Geschichte, Parteiwesen, Allgemeines zu Politik und Gesellschaft, Volksgruppen/Minderheiten, Umwelt/Gesundheit.

4. Veranstaltungen im Rahmen des Schmerling-Instituts

- „Bildungskonzepte '90“ am 28. März 1990 in Wien
- „Arbeitsplätze ohne Arbeiter?“ am 4. Juli 1990 in Klagenfurt
- „Volksgruppen in Europa“ vom 27. bis 29. September 1990 in Kärnten

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich das Jahr 1990 als ein weiteres erfolgreiches Kapitel in der Geschichte der Zusammenarbeit des Freiheitlichen Bildungswerks mit der Freiheitlichen Partei präsentiert sowie als Beweis dafür, daß das Bildungswerk einen wesentlichen Bestandteil der notwendigen Symbiose von Theorie und Praxis darstellt, ohne die eine politische Bewegung unvermeidlich im argumentativen und sachlichen

Leerlauf enden würde. Ohne theoretische Untermauerung kann es keine fundierte und erfolgreiche politische Praxis geben.

Zu wünschen bleibt, daß das Freiheitliche Bildungswerk auch in den nächsten zwanzig Jahren seines Bestehens sein Niveau hält und weiterhin erfolgreich am politischen Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs mitwirkt.

Landeshauptmannstellvertreter Ing. Mathias REICHHOLD

20 Jahre Freiheitliches Bildungswerk – ein würdiger Anlaß, um Rückschau zu halten.

Politische Bildungsarbeit ist eine große Herausforderung. Oberstes Ziel für mich ist die Sicherung und der Ausbau der Demokratie. Gerade die freiheitliche Partei hat zum Aufbau der Demokratie sehr vieles beigetragen, heute noch ist die FPÖ der demokratiepolitische Eisbrecher. Beseitigung festgefahrener Strukturen, Aufbrechen traditionell gewachsener Machtblöcke, die sowohl die persönliche Freiheit des einzelnen als auch die Mitbestimmung aller gesellschaftlicher Gruppen unserer pluralistischen Gesellschaft einengen, ist Markenzeichen freiheitlicher Politik.

Viele Initiativen, wie Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts durch die Bürgermeisterdirektwahl, Objektivierung der Postenbesetzungen im öffentlichen Dienst und Antiprivilegieninitiativen, sind nur einige wenige Beispiele freiheitlicher Erfolge und demokratiepolitischer Erneuerung in Österreich.

Mit dem Wechsel an der Bundesspitze von Dr. Norbert Steger zu Dr. Jörg Haider im Jahre 1986 griff die Freiheitliche Partei diese demokratiepolitisch heißen Themen wieder auf und setzte damit eine alte Tradition des Dritten Lagers fort. Unter dem geflügelten Wort „Die politische Erneuerung Österreichs“ gelang es Bundesparteiobmann Dr. Haider mit seinen Mitstreitern, Bewegung in die zementierte politische Landschaft Österreichs zu bringen. Diese demokratischen Anliegen wurden bei den Wahlgängen belohnt. Ein noch nie dagewesener Siegeszug der Freiheitlichen Partei begann. Die Partei wuchs nicht nur von ihrer Mitgliederzahl her, sondern die Verantwortung der freiheitlichen Funktionäre auf den verschiedenen Ebenen stieg mit jedem Wahlsieg. Die Anzahl der Mandatare auf kommunaler Landes- und Bundesebene potenzierten sich in kurzer Zeit aufs Vielfache, in den Bundesländern übernahm die FPÖ auch Regierungsverantwortung.



Weißensee-Gespräche 1992 (v.l.n.r.): Susanne Riess, Andreas Razumovsky, Heinz Pretterebner

So erfreulich diese Entwicklung aus politischer Sicht ist, so schwierig war es, die organisatorischen Rahmenbedingungen für das explosionsartige Anwachsen des Funktionärskaders und der damit verbundenen Koordination und Information zu bewältigen. Aus einer Kleinpartei ist eine allseits respektierte und vom politischen Gegner gefürchtete Mittelpartei geworden. Eine Mittelpartei, die durch eine sehr kantige Oppositionspolitik dieses historisch gewachsene, zum Teil sehr verfilzte Machtgefüge Österreichs herausforderte.

Die Kammern, die öffentlichen Unternehmungen und vor allem die Medien hatten und haben – von wenigen Ausnahmen abgesehen – mit dieser neuen angriffslustigen FPÖ keine Freude. Die traditionellen Instrumente anderer Parteien wie Kammern standen der Freiheitlichen Partei in der Phase ihres Wachstums nicht zur Verfügung. Um so wichtiger war es – und ist es auch heute noch – hochqualifizierte Funktionäre heranzubilden, die mit großer Sicherheit und umfangreichem Wissen auf dem Boden der freiheitlichen Gesinnung die entgegengestellten Hindernisse erfolgreich bewältigen und trotz fehlender machtpolitischer Instrumentarien die freiheitliche Linie auf den verschiedenen politischen Ebenen umsetzen.

Diese Entwicklung der Partei war wohl der Anlaß, daß Bundesparteiobmann Dr. Jörg Haider im Jahre 1988 mich beauftragte, die freiheitliche Bildungsarbeit neu zu organisieren.

Es war wahrlich eine Herausforderung, die vom damaligen Team angenommen wurde.

Ziel unserer Arbeit war, sowohl das qualitative als auch das quantitative Seminarangebot zu erweitern. Zielgruppen wurden genau definiert und die Publikationstätigkeit, insbesondere die Neugestaltung der „Freien Argumente“, forciert.

Neue Organisation, neue Seminare

Regionale Weiterbildung

Die regionale Weiterbildung ist ein speziell entwickelter Seminarblock für die auf kommunaler Ebene tätigen Funktionäre. In unseren Gesprächen und in der Ist-Analyse der freiheitlichen Bildungsarbeit mußten wir immer wieder feststellen, daß das Seminarangebot zwar gut strukturiert war, aber die vielen Interessenten den weiten Weg nach Baden bei Wien in unser Seminarhaus scheuten. Daher wollten wir den umgekehrten Weg gehen, nämlich wir, das Freiheitliche Bildungswerk, kommen mit dem Seminarangebot zu unseren Funktionären. Das erforderte natürlich eine Reihe ganz gewaltiger organisatorischer Maßnahmen. Um viele kleine Seminare, die

entweder eintägig oder sogar zweitägig angeboten werden konnten, quer über Österreich zu streuen, war eine hohe Anzahl von Vortragenden notwendig. Um Kosten zu sparen, haben wir uns nicht eines fremden Institutes bedient, sondern wir gingen sofort daran, selbst sogenannte „Trainer“ auszubilden. Nach anfänglichen Schwierigkeiten können wir heute feststellen, daß es mittels dieses organisatorischen Unterbaues zu einer Vervielfachung der Seminarteilnehmer binnen kurzer Zeit kam. Es gelang damit, die dringend notwendige Schulung unserer Ortsfunktionäre flexibel zu gestalten und sie zunächst regional beschränkt einzuführen. Ziel dieser regionalen Weiterbildung ist natürlich die flächendeckende Versorgung aller österreichischen Bundesländer.

Junge Akademie

Ziel der Jungen Akademie war und ist die Heranbildung künftigen Führungspersonals. Die Teilnehmer rekrutierten sich aus den bestehenden Organisationen des Ringes Freiheitlicher Jugend, des Club 3 und der vielen jungen Sympathisanten der FPÖ, die im Zuge der Wahlveranstaltungen, Diskussionsabende und Kontakte mit dem Bundesparteiohmann bzw. den Spitzenfunktionären, ihre Mitarbeit an der Partei bekundeten. Die Seminare waren von zwei Elementen geprägt. Zum einen die Festigung des ideellen Unterbaus der jungen Funktionäre (Kennenlernen des freiheitlichen Parteiprogrammes) und zum anderen die Stärkung des Persönlichkeitsprofils jedes einzelnen Teilnehmers. Hinzu kam noch der Versuch, aus diesen künftigen Führungsfunktionären eine Gemeinschaft zu schmieden, in der auch Werte wie Kameradschaft, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit einen hohen Stellenwert haben. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten auf allen Ebenen kann man aus heutiger Sicht rückblickend feststellen, daß die Junge Akademie die Nachwuchsausbildung in der FPÖ motivierte und dazu beitrug, daß junge Funktionäre behutsam und gezielt an neue Aufgaben herangeführt worden sind.

Publikationstätigkeit

Die vielfältigen Aufgaben des Bildungswerkes erstrecken sich auch auf die wissenschaftlich orientierte Grundsatzarbeit. Das Schmerling-Institut hat sich seit der Gründung 1983 als „Brain-Trust“ profiliert. Durch die vielen organisatorischen Umstellungen des Seminarprogrammes ist aber die publizistische Tätigkeit des Bildungswerkes etwas zu kurz gekommen. Diesem Umstand sollte dadurch Abhilfe geschaffen werden, daß zum einen das Erscheinungsbild der „Freien Argumente“ unter der Führung des 3. Präsidenten des Nationalrats, Dr. Stix, völlig neu gestaltet wurde, zum anderen sollten im wissenschaftlichen Beirat des Freiheitlichen Bildungs-

werkes aktuelle politische Themen mit entsprechenden Publikationen aufgearbeitet und unterfüttert werden.

In dieser Zeit wurden auch neue Grundsatzthemen, neue Bereiche und wesentliche Positionen der Partei betreffend, im Rahmen eines Kongresses des Freiheitlichen Bildungswerkes mit den Abgeordneten erarbeitet und verabschiedet. Neue Trends wurden kreiert und die Ergebnisse schließlich in den „Blauen Markierungen“ festgehalten.



Andreas Mölzer, Mathias Reichhold

Auf Grund der räumlichen Einengung des Freiheitlichen Bildungswerkes wurde es nun bald notwendig, ein neues und moderneres Büro zu suchen. Dieses fand sich günstiger Weise in zentraler Lage auf der Kärntner Straße 28, was sich außerdem für den raschen Kommunikationsfluß mit der Bundesgeschäftsstelle der Partei positiv auswirkte.

In kurzer intensiver Umbautätigkeit wurden auch gleich die technischen Voraussetzungen auf den neuesten Stand gebracht.

Mittels eines von Experten erstellten parteiinternen EDV-Systems, das die Partei mit ihren Vorfeldorganisationen vernetzt, bekam das Freiheitliche

Bildungswerk die Möglichkeit, bildungsspezifische Informationen noch effizienter weiterzuleiten.

Die Zeit meiner Obmannschaft im Freiheitlichen Bildungswerk war für mich eine überaus anspruchsvolle und lehrreiche. Die Arbeit bewegte sich im Spannungsfeld der dynamischen, täglichen politischen Auseinandersetzung und hartnäckiger langfristiger Arbeit für die Konsolidierung des Dritten Lagers und der FPÖ. Eines ist aber mir und meinen Mitarbeitern klar geworden:

Die FPÖ wird noch so viele Wahlsiege feiern können, noch so viele idealistische Einzelkämpfer haben, die für die politische Erneuerung Österreichs eintreten, wenn es nicht gut ausgebildete, solide und standfeste Funktionäre auf kommunaler Ebene gibt, die schier übermenschliche Kraftanstrengung unseres Bundesparteiobermannes Dr. Haider wäre umsonst gewesen.

Ich danke abschließend noch einmal allen Mitarbeitern und politischen Mitstreitern für die gute Zusammenarbeit und wünsche der freiheitlichen Bildungsarbeit auch in Zukunft viel Erfolg.

Bundesrat Andreas MÖLZER

Neue Ideen braucht das Land

Aktuelle Aktivitäten des Freiheitlichen Bildungswerkes

Die politischen Umwälzungen in Osteuropa und der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion haben zur Auflösung der bipolaren Nachkriegsordnung geführt. Gleichsam in Analogie dazu zerbrach zur selben Zeit auch das für fast drei Jahrzehnte fest einzementierte Parteiensystem von rot und schwarz.

Der Aufstieg der freiheitlichen Partei unter Bundesparteiobermann Jörg Haider stellt für Österreich die tiefgreifendste politische Wandlung seit Ende des II. Weltkrieges dar. Wesentliche, bis dahin unantastbare Dogmen der II. Republik gerieten ins Wanken. In außenpolitischer Hinsicht wurden Zweifel an der sogenannten immerwährenden Neutralität nun erstmals offen diskutiert und in der Innenpolitik wurde der „Kammer- und Verbändestaat“ unter sozialpartnerschaftlicher Führung kritisiert.



„Freiheitliche Eliten“ bei der Festakademie des FBW, Hotel Penta, Salzburg, 25. Oktober 1992.



Symposium „Multikulturelle Gesellschaft oder Ethnopluralismus – Österreich ein Einwanderungsland oder Recht auf Heimat?“, Graz, 21. 1. 1993.



Durch Aufweichung dieser verkrusteten Strukturen, die für Österreich in den Jahren nach 1945 wesentliche Bestandteile des staatlichen Selbstverständnisses darstellten, wird man vielleicht einmal von einem Übergang von der II. in eine III. Republik sprechen.

Doch wird dieses neue Österreich nicht ohne neue Eliten auskommen können. Eliten, die in der Lage sind, den Anforderungen der Zukunft ebenso zu entsprechen wie sie fähig sein müssen, ihre ethnisch-kulturelle Identität in einem neuen österreichischen Patriotismus, der nicht durch die Nachkriegsereignisse verzerrt ist, zu finden. Wenn diese Erneuerungsbeziehung, die nun doch unser ganzes Land erfaßt zu haben scheint, weiterhin von der Partei, die sie begonnen hat, getragen werden soll, wird die FPÖ nicht umhinkommen, noch mehr als früher für die Heranbildung neuer Führungskräfte zu tun.



Walter B. Simon, Lothar Höbelt, Jörg Haider und Felix Ermacora bei einer Enquete zum Thema „Krisen des österreichischen Parlamentarismus 1933/93“ im Palais Palffy im Frühjahr 1993.

Gleichzeitig mit den großen Wahlerfolgen und dem Aufstieg von einer Klein- zu einer Mittelpartei wurde die Notwendigkeit eigener Elitenbildung immer deutlicher. Wenn früher die FPÖ durch den Ring Freiheitlicher Studenten und diverse akademische Korporationen ein Reservoir besaß, aus dem immer wieder intellektuelle Kräfte in die Partei kamen, so existiert heute auf den links dominierten Hochschulen praktisch keine nennenswerte freiheitliche Studentenvertretung mehr, und die Burschenschaften sind im Zeitalter der Massenuniversitäten zu soziokulturellen Splittergruppen geschrumpft. Andererseits ergab es sich, daß sich durch den Ausbruch der FPÖ aus ihrem nationalliberalen Kernlager in ideologisch anders geartete

Wählerschichten ein breites Spektrum an Meinungen und Ansichten innerhalb der Partei etabliert hat, welches es zu koordinieren gilt. Gemeinsam muß ein Grundkonsens in bezug auf das freiheitliche Weltbild bleiben. So muß z. B. das ethnisch-kulturelle Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, wie es im freiheitlichen Parteiprogramm festgelegt ist, ein Bereich sein, der von allen, ohne in innere Schwierigkeiten zu kommen, getragen werden kann.

Das Freiheitliche Bildungswerk hat die sicherlich nicht leichte Aufgabe, als wichtigste bildungspolitische Instanz innerhalb der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft, die Grundlagen für die ideologische Erneuerung dieses Landes zu liefern.

Neben den traditionellen Aufgaben des Freiheitlichen Bildungswerkes, wie Schulung und Ausbildung von Funktionären und Mitarbeitern der Partei, entfaltet die politische Akademie der FPÖ auch eine rege publizistische Tätigkeit, um den vorhin genannten Anliegen besser gerecht zu werden.



Präsentation des „Jahrbuches für politische Erneuerung 1993“ des Freiheitlichen Bildungswerkes

Als Programm für junge Einsteiger ins politische Geschehen wurde die Junge Akademie ins Leben gerufen. Ein Zweig des Freiheitlichen Bildungswerkes, der sich speziell um die Betreuung und Integration von jungen engagierten Nachwuchskräften bemüht.

Verschiedenste Seminare werden hier jungen Leuten zur Schulung des historischen, politischen oder juristischen Wissens angeboten. Doch natürlich auch das Rüstzeug jedes Politikers – die Kunst der Rede – wird in eigens

angepaßten Rhetorik- und Kommunikationsseminaren den Teilnehmern vermittelt, wobei vor allem bei den Grundkursen versucht wird, direkt in die Bundesländer zu gehen, um den Interessenten so weit wie möglich entgegenzukommen.

Parallel dazu wurde Anfang 1992 das Projekt „Top 200“ ins Leben gerufen, das sich die Aufgabe gestellt hat, bis Ende dieses Jahres ein „Jugendpolitisches Forum“ auf die Beine zu stellen und zu betreuen. Ziel ist hier die ganz konkrete Ausbildung geeigneter Nachwuchspolitiker, die dann ihrerseits wieder als Multiplikatoren mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten dienen können.

Ähnlich ist unser Angebot der „Regionalen Weiterbildung“, wo wir durch Seminare und Vorträge in den einzelnen Bundesländern speziell Bezirks- und Ortsgruppenfunktionäre erreichen wollen. Im Vordergrund stehen hier Themen wie Kommunalpolitik oder Umweltschutzfragen, aber auch Veranstaltungen, die sich mit Strategien der Wahlwerbung beschäftigen, stehen auf dem Programm. Eine über den Charakter einer Schulungsinstitution hinausgehende Einrichtung ist das „Bürger- und Umweltservicebüro“ des Freiheitlichen Bildungswerkes. Es versteht sich nämlich als Anlaufstelle bzw. Servicestelle für alle Interessenten, insbesondere natürlich Funktionäre der FPÖ, in Fragen der Verwaltung, Demokratie und im Umweltbereich. Es stellt einen Vermittler zwischen Fachleuten und Bürger und zwischen Behörde und Bürger dar. Nicht zuletzt durch die zahlreichen Veranstaltungen, die vom Bürger- und Umweltservicebüro organisiert werden, ist dieses in der Lage, auf Anfrage diverse Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder bei größeren Problemen direkt Experten anzusprechen sowie um Mithilfe zu bitten.

Der wissenschaftlichen Forschung und Tätigkeit kommt naturgemäß innerhalb einer politischen Akademie eine bedeutende Rolle zu, so wird seit einiger Zeit vor allem der historischen Forschung mehr Platz eingeräumt.

Das „Schmerling-Institut“, benannt nach dem Schöpfer der Verfassung von 1861, hat es sich innerhalb des Freiheitlichen Bildungswerkes zur Aufgabe gemacht, sich mit historischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen auseinander zu setzen. Neben eigener publizistischer Tätigkeit bildet der für Diskussionsabende eigens ins Leben gerufene „Schmerling-Club“ eine Plattform, wo politisch interessierte Mitglieder mit aktuellen Themen konfrontiert werden. Durch die Zusammenarbeit mit den verschiedensten Fachleuten stellt das Schmerling-Institut eine wichtige Informationsquelle für die inhaltliche Arbeit der freiheitlichen politischen Akademie dar und bildet zusammen mit der nach seinem Vorbild gegründeten außenpolitisch-wissenschaftlichen Abteilung zwei der wichtigsten Eckpfeiler des Freiheitlichen Bildungswerkes.



„Multikulturelle Gesellschaft oder Ethnopluralismus – Österreich ein Einwanderungsland oder Recht auf Heimat?“ Eine Diskussionsveranstaltung des FBW am 21. 1. 1993 in Graz mit Weihbischof Kurt Krenn, Jörg Haider, Andreas Mölzer und Günther Nenning.



Die außenpolitisch wissenschaftliche Abteilung sieht sich als Kooperationsplattform für europäische und internationale Studien. Insbesondere durch die Zusammenarbeit mit ausländischen universitären und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen soll eine rasche Erarbeitung von Basismaterial für Zwecke der internationalen politischen Bildung erreicht werden. So konnte inzwischen beispielsweise ein umfassendes Programm für russische Parlamentarier entwickelt werden. Außerdem wurden politische Bildungs-Kooperationen mit benachbarten „Schwester“-Gruppierungen aus Slowenien, Ungarn, der Slowakei, Mähren, Prag, Sachsen und Bayern vereinbart.

Als wichtige Ergänzung im Bereich der Publikationen ist die englischsprachige Auslandszeitschrift „f-NEWS“ herausgekommen. Sie stellen ein Pendant zu den „freien ARGUMENTEN“ dar und sollen weiter ausgebaut werden.



V.l.n.r.: Rupert Gmoser (SPÖ), Andreas Mölzer, Jörg Haider.

Die Vortrags- und Veranstaltungsreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes, das Freiheitliche Forum, konnte auch im letzten Jahre wieder seine Bedeutung durch unkonventionelle Themen und ebenso unkonventionelle Referenten unter Beweis stellen, wobei hier Leute wie Prof. Dr. Roland Girtler, oder DDr. Günther Nenning immer wieder auf großes Interesse stießen. Echte Information in hitzigen Diskussionen ist hier ein Markenzeichen, ebenso wie die schon zur Tradition gewordenen „Weißenseegespräche“, wobei es sich hier um ein jährlich stattfindendes, großes Symposium handelt, welches sich mit aktuellen Problemen unserer Zeit beschäftigt. So wird heuer das neue europäische Sicherheitssystem im Vordergrund stehen, was angesichts der Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien nur von allzu großer Bedeutung ist. Neben all den Veranstaltungen, wie Seminaren und Tagungen, erstellt das Freiheitliche Bildungswerk aber auch noch wichtige Publikationen, die meist sehr kurze und prägnante Hilfestellungen in den verschiedensten Bereichen der politischen Arbeit geben. So sind unsere FBW-Dokumentationen, mittlerweile 12 Stück, ein fixer Bestandteil unserer Bildungsarbeit. Nebenbei stellen die „freien ARGUMENTE“ eine interessante

Zusammenfassung freiheitlichen Denkens und Wollens dar und sind, wie der Name schon sagt, für die tägliche politische Diskussion von großer Nützlichkeit. Vergessen darf man natürlich auch nicht die, vor allem in jüngster Zeit durch das Freiheitliche Bildungswerk herausgebrachten Bücher, wie unser „Jahrbuch für politische Erneuerung“, aber auch die Werke wie „Kornblume und Kaiseradler“ oder „Anton Ritter v. Schmerling. Vater der Verfassung“ sind hier zu erwähnen.

Zuletzt soll auch noch auf das jüngste Kind des Freiheitlichen Bildungswerkes hingewiesen werden. Es handelt sich dabei um das „Kulturforum Freie Kunst“. Das KFK versteht sich nicht als eine parteipolitische Kunstabteilung, sondern vielmehr als ein freies Forum, das echten Künstlern, die heute oft nicht genügend Beachtung finden, helfen will, ihre Kunst einem größeren Publikum zu präsentieren. Außerdem will das KFK Mittler zwischen Kunstschaffenden, Wirtschaftstreibenden und Kulturpolitikern sein, um so im Interesse sowohl der Künstler als auch des oft vom modernen Kunstbetrieb enttäuschten Publikums zu handeln.

Freiheitliche Bildungsarbeit hat nichts mit Indoktrination oder parteipolitischer Engstirnigkeit zu tun. Vielmehr sehen wir im selbständigen Erarbeiten einer politischen Meinung eines der wichtigsten Ziele unserer Tätigkeit. Wir wollen junge Menschen im Geiste der kritischen Wahrheitssuche für die Herausforderungen der Zukunft wappnen und so mithelfen, dieses Land zu reformieren.



Jörg Haider beim Symposium „Multikulturelle Gesellschaft oder Ethnopluralismus – Österreich ein Einwanderungsland oder Recht auf Heimat?“, 21. 1. 1993.

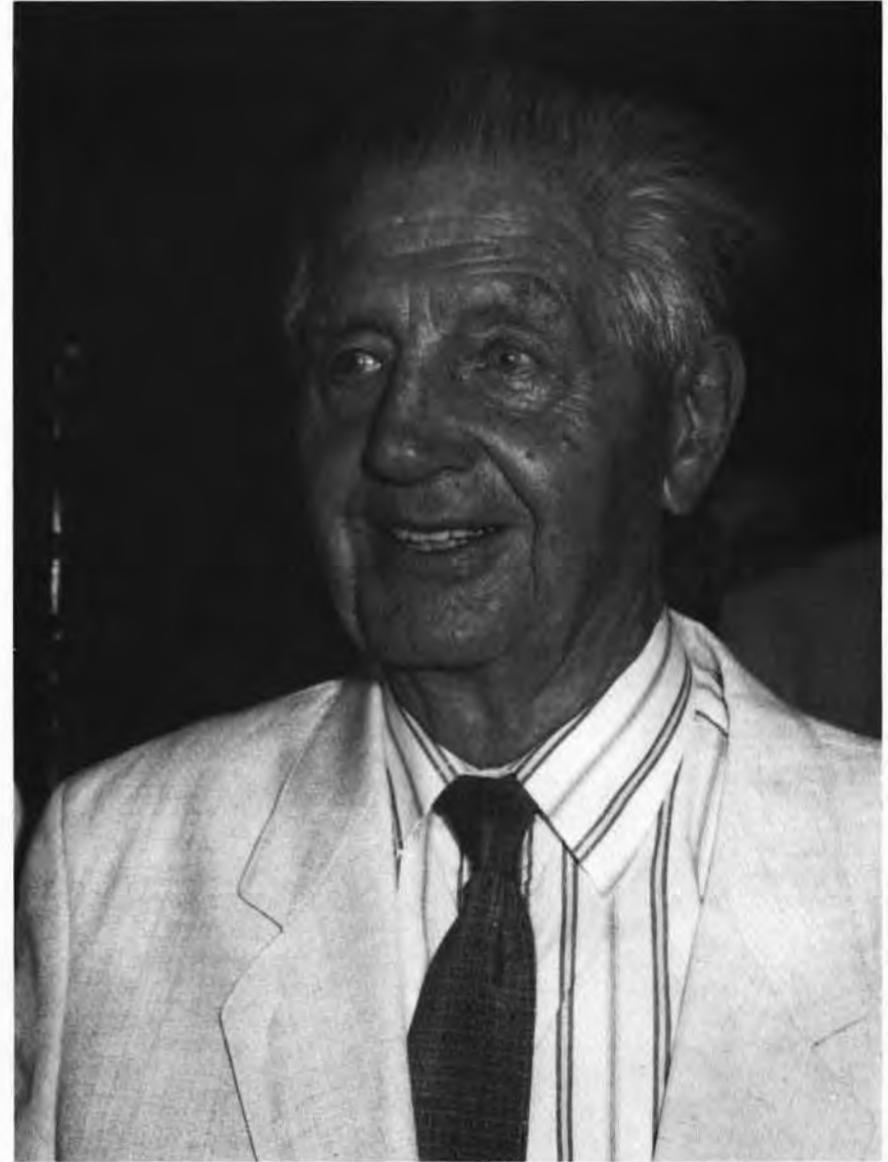
Daten und Fakten

- 1972** Oktober: Gründung des Freiheitlichen Bildungswerkes, erste notdürftige Unterkunft im Nationalratsklub der FPÖ
- 1973** Übersiedlung des Büros in die Kolingasse im 9. Bezirk, Ankauf des „Bildungshauses Baden“, erste erfolgreiche Seminare mit bereits 550 Teilnehmern. Obmann des Kuratoriums Abg. z. NR Dr. Tassilo Broesigke, Geschäftsführer Prof. Fritz Wolfram
- 1974** Der Umbau des Bildungshauses Baden ist abgeschlossen, Aufbauphase der politischen Akademie ist zufriedenstellend beendet, Politisch-Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft, auch Atterseekreis genannt, nimmt die Arbeit auf. Obmann des Kuratoriums Abg. z. NR Dr. Tassilo Broesigke, Geschäftsführer Prof. Fritz Wolfram
- 1975** Erste größere öffentliche Veranstaltung des Freiheitlichen Bildungswerkes mit Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, Hans Dietrich Genscher, zum Thema „Liberaler Verantwortung für Europa“ mit mehr als 500 Teilnehmern. Obmann des Kuratoriums Abg. z. NR Dr. Tassilo Broesigke, Geschäftsführer Prof. Fritz Wolfram
- 1976** Seit Bestehen des Freiheitlichen Bildungswerkes Rekordjahr bzw. -zahl an Teilnehmern.
Im Durchschnitt pro Seminar 25 Personen.
Altersdurchschnitt 38 Jahre.
350 Bände in der Bibliothek.
Verwaltung und Redaktion der Freien Argumente in das Freiheitliche Bildungswerk gelegt.
Atterseekreis – zwei Schwerpunkte in politisch-wissenschaftlicher Arbeitsgemeinschaft
- Enqueten zum Entwurf eines Forschungs-Organisationsgesetzes
 - Durchführung einer Veranstaltungsreihe zur Reform der Marktordnungsgesetze.
- Ausbau des Bildungshauses Baden – Dachgeschoß 7 Zimmer mit WC und Dusche.
Obmann des Kuratoriums Abg. z. NR Dr. Tassilo Broesigke, Geschäftsführer Prof. Fritz Wolfram

- 1977** Atterseekreis – Ausarbeitung eines freiheitlichen Wirtschaftskonzeptes
 – Fortführung der Liberalismuskonzeption
 Weiterer Ausbau des Bildungshauses in Baden.
 Umzug der Geschäftsstelle des Freiheitlichen Bildungswerkes aus dem Parlamentsklub in das große Büro Wien 1, Grillparzerstr. 7/7a, Ausstattung mit neuen, hochmodernen technischen Geräten.
 Obmann des Kuratoriums Abg. z. NR Dr. Tassilo Broesigke, Geschäftsführer Prof Fritz Wolfram.
- 1978** – bisher größte Ausweitung der Tätigkeit des Freiheitlichen Bildungswerkes, Zahl der Teilnehmer erreichte Rekordhöhe.
 – neu geschaffen wurde die „Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes“, Heft 1: Alexander Götz – Bundesparteitagrede 1978
 Weiterer Umbau des Bildungshauses Baden
 Obmann des Kuratoriums Abg. z. NR Dr. Tassilo Broesigke, Geschäftsführer Prof. Fritz Wolfram
- 1979** – 1. Weißensee-Gespräche „Freiheit und Sicherheit im Sozialstaat der achtziger Jahre“
 – Zeitschriftendokumentation weiter ausgebaut
 – neu geschaffen: Ringmappe mit Informationen für Funktionäre und Mitglieder; wird laufend ergänzt.
 Obmann des Kuratoriums Abg. z. NR Dr. Tassilo Broesigke, Geschäftsführer Prof. Fritz Wolfram
- 1980** – erstmals halbtägige Argumentationsschulungen
 – Schulungsveranstaltungen zur Parteiarbeit, erstmals in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung
 – Obmann Broesigke legt sein Amt nieder, wird Präsident des Rechnungshofes
 Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender (seit 14.11.80), Geschäftsführer Dr. Christian Allesch
- 1981** – nach längerer Pause wieder Seminar: Rationelles Lesen
 – neu entwickelte methodische Konzeption bei politischen Grundseminaren für hohen Motivationsgrad
 – Besuch einer Delegation der britischen Gruppe der Liberalen Internationalen am 20.11.
 Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender, Dr. Allesch legt Funktion als Geschäftsführer zurück

- 1982** – Weißenseegespräche „Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit“ finden in den Medien reichen Widerhall
 – 1982 stand im Zeichen großer Schober-Festivitäten (Bundeskanzler und Polizeipräsident Dr. Johannes Schober 50. Todestag)
 • Feier im Geburtsort Perg (OÖ)
 • Schober-Symposium
 • Feier in Linz
 – gemeinsam mit politischen Akademien der SPÖ und ÖVP wurden 20 Stundenbilder zu wehrpolitischen Ausbildungsjahren bestellt. FBW erhielt Ausbildungsziel „Umfassende Landesverteidigung“.
 – Beschluß zur Einrichtung des Schmerling-Instituts mit wissenschaftlichem Beirat, vermehrte wissenschaftliche und historische Tätigkeit als beratendes Organ des FBW (Erforschung der Geschichte des freiheitlichen Lagers, Veranstaltungen).
 Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender, Geschäftsführer Lothar Gintersdorfer
- 1983** Erstes Mal Seminar für konzeptive Werbung
 Festkundgebung anlässlich des 160. Geburtstages des Bauernbefreiers Hans Kudlich
 Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender
 Geschäftsführer Lothar Gintersdorfer
- 1984** Am 8. September veranstaltete das FBW erstmals in Bregenz das internationale Bodenseetreffen liberaler Politiker
 FBW gründet eigene Zeitung: die „FBW-Informationen“
 Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender
 Geschäftsführer Lothar Gintersdorfer
- 1985** Arbeitskreis „Protestanten in der FPÖ“
 Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender
 Geschäftsführer Lothar Gintersdorfer
- 1986** Festakt 30 Jahre FPÖ, im Palais Auersperg, dazu FBW-Schriftenreihe „30 Jahre FPÖ“
 Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender
 Geschäftsführer Lothar Gintersdorfer

- 1987 Konstruktive Zusammenarbeit mit dem Büro für Wehrpolitik des BM f. Landesverteidigung – u.a. veranstalten die drei politischen Akademien von SPÖ, ÖVP und FPÖ zusammen mit dem Büro für Wehrpolitik Seminare
Gemeinsames Seminar mit der Friedrich Naumann-Stiftung zum Thema „Kultur und Umwelt und Umwelt in Mitteleuropa“
Obmann des Kuratoriums LAbg. Horst Schender
Geschäftsführer LAbg. Lothar Gintersdorfer
- 1988 Stipendiaten der Friedrich Naumann-Stiftung (Berlin) zu Gast im FBW
Schmerling-Institut: Symposium zum Untergang der ersten Republik
Obmann des Kuratoriums GS Ing. Mathias Reichhold
Geschäftsführer LAbg. Lothar Gintersdorfer
- 1989 Neu: Medientrainingsseminare
Obmann des Kuratoriums GS Ing. Mathias Reichhold
Geschäftsführer BGF DI Harald Göschl
- 1990 Junge Akademie wird als Gesamtpaket, bestehend aus verschiedenen Seminaren, die aufbauend zu besuchen sind, angeboten
Seit 1. April gibt es ein Umweltservicebüro im FBW
Obmann des Kuratoriums GS Abg.z.NR Ing. Mathias Reichhold
Geschäftsführer Ing. Walter Meischberger
- 1991 Jugendkongreß mit RFJ „Politik und Medien“ in Linz
Jugendtreffen im Dezember mit Freiheitlichen Jugendgruppen aus Österreich, Deutschland, Italien, Schweiz, CSFR, Slowenien und Kroatien
Gründung des Schmerling-Clubs
Obmann des Kuratoriums BR Andreas Mölzer
Geschäftsführerin Mag. Elisabeth Frank
- 1992 Gründung des Projekts „TOP 200“ (Jugendpolitisches Forum)
Neuer Seminartypus für Schüler und Studenten
Seit 1. August Abteilung für außenpolitisch-wissenschaftliche Angelegenheiten
Obmann des Kuratoriums BR Andreas Mölzer
Geschäftsführerin Mag. Elisabeth Frank



Der Vater des Freiheitlichen Bildungswerkes, Professor Fritz Wolfram, starb am 1. April 1993 im 87. Lebensjahr in Wien. Sein Lebenswerk war die politische Bildungsarbeit, als langjähriger Geschäftsführer des Bildungswerkes (1972 bis 1979) vermittelte er einer ganzen Generation des politischen Nachwuchses der FPÖ die Ausbildung als Politiker in Theorie und Praxis.